

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

53. Jahrgang · 18. Wahlperiode · Ausgabe 9 · 29. November 2022

Solidarität

Der Landtag hat mit einem fraktionsübergreifenden Antrag ein deutliches Zeichen gegen Antisemitismus gesetzt. Anlass waren die Schüsse auf das Rabbinerhaus an der Alten Synagoge in Essen. S. 3

Chiphersteller

Die Pläne zum Verkauf eines Dortmunder Chipherstellers haben den Landtag beschäftigt. Das Vorhaben hatte die Politik alarmiert, weil die interessierte Firma einem chinesischen Konzern gehört. S. 11

Verfassungsgericht

Vor 70 Jahren wurde der Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen gegründet. Als drittes Staatsorgan ist er „Hüter der Verfassung“. Der Geburtstag wurde im Landtag gefeiert. S. 14-15

Parlamentsgespräch

Werden Extremisten legitime Proteste im Zuge der Energiekrise für ihre Zwecke missbrauchen? Um diese Frage ging es im Parlamentsgespräch, zu dem Präsident André Kuper eingeladen hatte. S. 18



HAUSHALT IN KRISENZEITEN



INHALT



Foto: Schälte

Haushalt 2023

Landtag debattiert Entwurf in 1. Lesung S. 4

Plenum

Ein Zeichen gegen

Antisemitismus S. 3

Meldungen S. 6

Warten auf Bus und Bahn ... S. 9

Entlastungen in der

Energiekrise S. 10

China und die Chips

aus Dortmund S. 11

Debatte ums Bürgergeld S. 12

Forum

Ukrainischer Botschafter

zu Gast S. 13

70 Jahre

Verfassungsgerichtshof S. 14

Aus den Fraktionen S. 16

Forum

Parlamentsgespräch

„Winter der Extreme(n)?“ S. 18

Bericht über den

12. Jugendlandtag S. 19

Volkshochschulen im Fokus S. 20

Serie: Die Stunde der Fragen S. 21

Ausschüsse

Meldungen S. 22

Porträt

Vizepräsidentin

Berivan Aymaz (Grüne) S. 23

Kurz notiert S. 24

Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2129 (montags bis freitags, 9 bis 13 Uhr), landtag-intern@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (red): Wibke Busch (wib, V.i.S.d.P.), Michael Zabka (zab), Thomas Becker (tob), Sonja Wand (sow), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), 884-2304 (tob), 884-2064 (sow), 884-2309 (bs), landtag-intern@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Sarah Philipp (SPD), Mehrdad Mostofizadeh (Grüne), Marcel Hafke (FDP), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Dirk Michael Herrmann (CDU), Andreas Hahn (SPD), Katharina Bons (Grüne), Tobias Havers (FDP), Christian Schäler (AfD).

Redaktionsschluss: Freitag, 25. November 2022, 10 Uhr
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten. Kürzungen oder Veränderungen der Beiträge sind nicht zulässig. Die Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ liegen in der alleinigen Verantwortung der jeweiligen Fraktion.

Ein Nachdruck der Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Abgeordneten oder Wahlbewerberinnen und -bewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand: reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise

www.landtagintern.de



Ein Zeichen gegen Antisemitismus

23. November 2022 – Die Schüsse auf das Rabbinerhaus an der Alten Synagoge in Essen haben Entsetzen ausgelöst. Die Generalstaatsanwaltschaft geht von einer extremistisch und antisemitisch motivierten Tat aus. Mit einem fraktionsübergreifenden Antrag setzte der Landtag ein klares Zeichen für den Schutz jüdischen Lebens in Nordrhein-Westfalen.

Am Freitag der Vorwoche war bekanntgeworden, dass mindestens vier Mal auf die Tür des Rabbinerhauses geschossen worden war. Nach Medieninformationen wurden zudem am Kuppeldach der neuen Synagoge Beschädigungen gefunden, die aber schon älter sein sollen. Die Ermittlungen dauern an.

In dem Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP (18/1780) heißt es u. a., es sei eine politische und gesamtgesellschaftliche Aufgabe dafür zu sorgen, dass Jüdinnen und Juden ohne Angst in Deutschland leben können. Die Fraktionen betonen: „Dass Jüdinnen und Juden in Deutschland und auch in Nordrhein-Westfalen immer wieder Diskriminierungen, Beleidigungen und Drohungen ausgesetzt sind, ist zutiefst beschämend und nicht zu akzeptieren.“

CDU-Fraktionschef **Thorsten Schick** stellte fest: „Judenfeindlichkeit hat keinen Platz in Nordrhein-Westfalen – nicht gestern, nicht heute, niemals.“ Jüdinnen und Juden und deren Gemeinden seien in Nordrhein-Westfalen allerdings wiederholt Hass und Gewalt ausgesetzt. „Das ist infam.“ Schick erinnerte an Steinwürfe auf Synagogen in Essen und Bonn sowie die Verbrennung von israelischen Fahnen in Münster. Statistisch gesehen gebe es jeden Tag einen Angriff auf jüdisches Leben in NRW, der zur Anzeige gebracht werde. Die Dunkelziffer sei vermutlich deutlich höher. „Jeder einzelne Vorfall ist ein Vorfall zu viel.“

Die Schüsse auf das Rabbinerhaus in Essen seien ein „Angriff auf Jüdinnen und Juden in Nordrhein-Westfalen, sie sind ein Angriff auf unsere Demokratie“, sagte **Thomas Kutschaty**, Fraktionschef der SPD. Der Staat stehe in der Verantwortung, den oder die Täter zu finden –

und anzuklagen. „Judenhass darf in Deutschland keinen Millimeter Platz haben.“ Die Antwort aller Demokratinnen und Demokraten auf den Anschlag müsse unmissverständlich sein: „Wir wollen jüdisches Leben in Nordrhein-Westfalen. Jüdische Kultur ist ein fester Bestandteil unseres Landes und dafür werden wir uns auch weiterhin mit ganzer Kraft einsetzen.“

„Verschwörungsmythen“

„Wir müssen besser werden, um Menschen vor Diskriminierung und Gewalt in unserer Gesellschaft zu schützen“, sagte Grünen-Fraktionschefin Verena Schäffer. Im vergangenen Jahr habe die Polizei in Nordrhein-Westfalen 437 Straftaten mit antisemitischem Hintergrund verzeichnet. Das Dunkelfeld sei „wesentlich größer“. Schäffer berichtete von „antisemitischen Vorfällen unterhalb der Strafbarkeitsgrenze“ in Klassenzimmern und auf Schulhöfen. Sie wies zudem auf die Bedeutung von „Verschwörungsmythen“ hin. Sie seien „anschlussfähig bis in die Mitte der Gesellschaft“ und deshalb so gefährlich.

FDP-Fraktionschef **Henning Höne** sprach von einem „feigen Anschlag“ auf das jüdische Leben in Deutschland und den interreligiösen Dialog. Die Debatte im Landtag könne die Aufklärungsarbeit nicht ersetzen, sei aber dennoch wichtig im Kampf gegen Antisemitismus. Höne berichtete von einer Allensbach-Umfrage. Ihr zufolge seien 23 Prozent der Gesamtbevölkerung in Deutschland der Meinung, dass Jüdinnen und Juden zu viel Macht in der Wirtschaft und im Finanzwesen hätten. Fast 50 Prozent hielten die Erinnerung an den Holocaust für „nicht unbedingt notwendig“. Das seien „erschreckende Zahlen, die uns wachrütteln müssen“.

„Wer gegen Juden hetzt, der hetzt gegen uns“, unterstrich **Markus Wagner** (AfD). Antisemitismus sei „dumm und irrsinnig“. Für umso wichtiger hielt der Abgeordnete eine „besondere Sensibilität“ der Politik.

An dieser fehle es jedoch, wenn beispielsweise der Bundeskanzler „seelenruhig“ zuhöre, „wie der Palästinenserpräsident Abbas relativierend von 50 Holocausts durch Israel faselt“, und ihm noch 340 Millionen Euro Steuergelder mit auf den Weg gebe. „Wenn es um Antisemitismus geht, sind wir alle gefragt, in den eigenen Reihen aufzuräumen“, sprach Wagner die Parteien an. Keine Jüdin und kein Jude sollten mehr Angst haben müssen.

„Diese Schüsse auf das alte Rabbinerhaus hallen durch ganz Nordrhein-Westfalen“, sagte Ministerpräsident **Hendrik Wüst** (CDU). Es sei nicht nur sinnbildlich das Nachbarhaus getroffen worden, sondern „unser gemeinsames Haus: das Haus des Miteinanders“. Dem Täter oder den Tätern rufe man zu: „Jüdisches Leben gehört in unsere Mitte.“ Es sei „Teil unserer Vielfalt, unserer Offenheit, unserer gemeinsamen Identität“. Dass jüdische Gemeinden dies ermöglicht hätten, anstatt Nordrhein-Westfalen nach dem Holocaust den Rücken zu kehren, sei keineswegs selbstverständlich, sondern ein Geschenk, betonte der Ministerpräsident.

Am 25. November 2022 und damit nach Redaktionsschluss kam der Innenausschuss des Landtags zu einer Sondersitzung zusammen, um über den Angriff zu debattieren. Mehr zu der Sitzung lesen Sie im Internet unter www.landtag.nrw.de.

tob, zab, sow

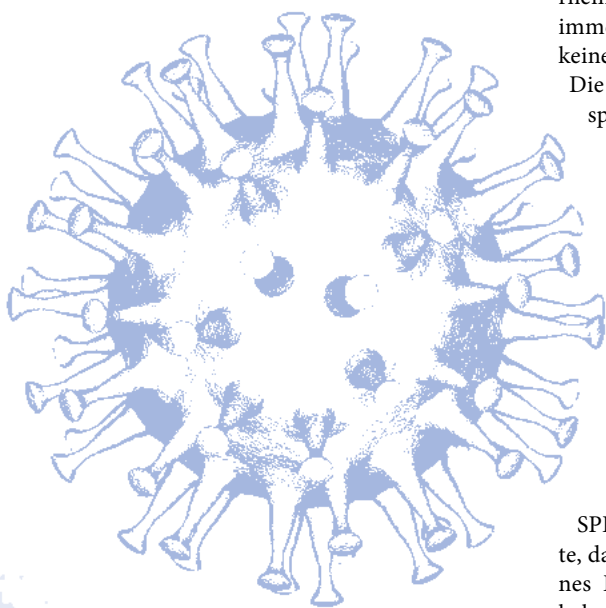
Die Menora ist eines der wichtigsten religiösen Symbole des Judentums.

Foto: Schälte

Als Gäste auf der Besuchertribüne begrüßte der Präsident des Landtags, André Kuper, die Antisemitismusbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, sowie den Vorstandsvorsitzenden der Jüdischen Kultus-Gemeinde Essen, Schalwa Chemsuraschwili. An den Vorstandsvorsitzenden gewandt, betonte der Präsident: „Seien Sie versichert, wir, die Abgeordneten, verurteilen den erneuten offensichtlich antisemitisch motivierten Anschlag zutiefst. Wir verurteilen diesen Anschlag auf jüdisches Leben in Deutschland.“ Jüdisches Leben in Nordrhein-Westfalen sei ein „selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft“ und sein Schutz sei und bleibe Aufgabe aller Demokratinnen und Demokraten.

Haushalt 2023 – Landtag deba

2. November 2022 – Der Entwurf von Finanzminister Dr. Marcus Optendrenk (CDU) sah zunächst Ausgaben in Höhe von 93,4 Milliarden Euro vor. Diese wurden nach dem Bund-Länder-Gipfel erhöht. Es ist keine Aufnahme neuer Schulden geplant. Die Oppositionsfractionen übten deutliche Kritik an den Finanzplänen von CDU und Grünen.



Finanzminister **Dr. Marcus Optendrenk** (CDU) sagte, die Haushaltseinbringung falle in eine von vielen Krisen geprägte Zeit. Er nannte die Corona-Pandemie, die Folgen der „Jahrhundertflut“ 2021 sowie den russischen Angriffskrieg in der Ukraine, die Energiekrise, die hohe Inflation und eine drohende Rezession. Zugleich seien die Konsequenzen für Nord-

rhein-Westfalen aus dem Entlastungspaket III immer noch unklar, weil der Bundeskanzler keine Antworten auf drängende Fragen gebe.

Die Landesregierung lege daher vor dem Gespräch von Bund und Ländern (Seite 10) zunächst einen „Basishaushalt“ vor. Enthalten seien erste politische Schwerpunktsetzungen mit einem Volumen von 482 Millionen Euro, u. a. für die Klimafolgenanpassung und den Katastrophenschutz. Er hoffe, dass die Bund-Länder-Gespräche am selben Tag zu Ergebnissen führten. Die Landesregierung werde dann zeitnah eine Ergänzungsvorlage vorstellen.

„Kontostand bei null“

SPD-Fraktionschef **Thomas Kutschaty** kritisierte, dass die Landesregierung bislang kein eigenes Entlastungspaket auf den Weg gebracht habe. Der Finanzminister behaupte, dass die Bundesregierung blockiere. Dabei habe diese ein 300-Milliarden-Euro-Paket geschnürt, der Kontostand von CDU und Grünen sei dagegen bei null. Es sei an der Zeit, dass die Landesregierung ihren Job mache in dieser schwierigen Situation. Zwar werde mit einem Anstieg der Steuereinnahmen um 3,6 Milliarden Euro gerechnet. Im Etatentwurf sei aber ein Absinken der Investitionen geplant. Der Gestaltungs-

wille von CDU und Grünen sinke ebenfalls. Kutschaty forderte konkret Investitionen in das Bildungssystem und ein „Zukunftspaket“ in Höhe von 30 Milliarden Euro für die Wirtschaft. Benötigt würden Investitionen in Industrie, Innovation und Infrastruktur.

CDU-Fraktionschef **Thorsten Schick** sprach von einem Haushaltsentwurf, der das Beste für die Menschen in Nordrhein-Westfalen heraushole. Gerade in Krisenzeiten gehe es darum, „Geld wirksam einzusetzen“. Der Haushalt bleibe auf dem „Kurs der finanzpolitischen Vernunft“. Er sei „generationengerecht“, gestalte die Zukunft und mache das Land krisenfester. Die „Zukunftskoalition“ setze mit dem Haushalt 2023 klare Prioritäten. Als Schwerpunkte nannte Schick u. a. die Betreuung und Bildung von Kindern, das Thema Sicherheit und die Sicherung von Arbeitsplätzen in der Industrie sowie in kleineren und mittleren Unternehmen. Nordrhein-Westfalen solle Stahlstandort bleiben, aber auch „Wasserstoffland Nummer eins“ werden. Die Behauptung, die Landesregierung zeige immer nur mit dem Finger nach Berlin, sei „frech“ und „falsch“.

Die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und Nordrhein-Westfalens nehme durch hohe Strom- und Gaspreise sowie die „Regulierungswut“ der Europäischen Union „enormen Schaden“, sagte FDP-Fraktionschef **Henning Höne**. Allerdings reagiere die schwarz-grüne

Finanzminister
Dr. Marcus Optendrenk
(CDU)

Thomas Kutschaty
(SPD)

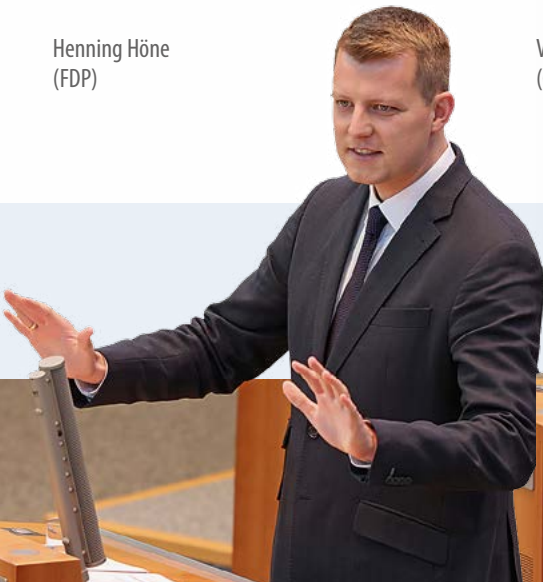
Thorsten Schick
(CDU)

Fotos: Schälte



ttiert Entwurf in 1. Lesung

Henning Höne
(FDP)



Verena Schäffer
(Grüne)



Dr. Martin Vincentz
(AfD)



Landesregierung mit dem Haushalt 2023 nicht auf die „Alarmsignale“, sie mache „business as usual“. Ein „fatales Signal für dieses Land“ sei, dass die CDU die Wirtschafts- und Energiepolitik offenbar komplett an die Grünen „ausgelagert“ habe. Seit Monaten sei zudem bekannt, dass sich die Länder an den Entlastungen der Bürgerinnen und Bürger beteiligen müssten. Im

Haushalt sei dafür aber „keinerlei Vorsorge“ getroffen worden. Die Versprechungen der Landesregierung seien „keinen Pfifferling wert“. Der Haushaltsentwurf liefere keine Ideen, sondern nur die „Verwaltung des Status quo“.

„Wir haben den Anspruch, seriöse Haushaltspolitik mit konkreten Zahlen zu machen“, erklärte [Verena Schäffer](#), Fraktionsvorsitzende der Grünen, die Idee des „Basishaushalts“. Der Haushaltsentwurf solle einerseits für Planungssicherheit, da er bis zum Jahresende verabschiedet werden müsse. Auf der anderen Seite werde man mit nachträglichen Anpassungen auf Lücken reagieren, die sich aus dem Entlastungspaket III des Bundes ergäben. Dieses Paket werde aber noch verhandelt. Die Abgeordnete unterstrich die Prioritäten des Budgetplans, etwa mehr als 300 Millionen Euro für Energieumbau und Klimaschutz. „Ich bin überzeugt davon, dass uns unsere Enkel und Kinder später nicht dafür danken, dass wir ihnen eine schwarze Null hinterlassen haben und dafür einen kaputten Planeten“, unterstrich die Grüne.

„Das 1,5-Grad-Ziel ist der neue Götze, dem alles untergeordnet wird“, sagte AfD-Fraktionschef [Dr. Martin Vincentz](#). Die Wirtschaft sei ins Stottern geraten, Armut sei kein Problem nur der Arbeitslosen mehr und 2023 werde eine Rezession erwartet. Kein Land habe so viel Geld in den Energieumbau gesteckt wie Deutschland, die Staatsverschuldung explodiere und

sozialer Frieden werde erkaufte. Jeder dritte Euro fließe in die Umverteilung. Vincentz forderte, sich in Schulen wieder auf die Kernaufgabe der Wissensvermittlung zu konzentrieren, sowie ein tragfähiges Aufbaupaket nach der Coronapolitik. „Sie halten am Panikmodus fest und nehmen Kollateralschäden in Kauf“, kritisierte er. Als „besten Spartipp“ empfahl der Abgeordnete: „Wählen Sie Schwarz-Grün ab.“

Der Entwurf wurde zur weiteren Beratung an die Fachausschüsse überwiesen ebenso wie die Finanzplanung 2022 bis 2026 ([18/342](#)) sowie das Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2023 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2023 – GFG 2023 /[18/1100](#) und [18/1402](#)).

wib, zab, sow

Haushaltsentwurf 2023

Der erste Entwurf von Finanzminister Dr. Marcus Optendrenk (CDU) für den Haushalt 2023, der sogenannte Basishaushalt, sah Ausgaben in Höhe von 93,4 Milliarden Euro vor und damit 5 Milliarden Euro mehr als im laufenden Jahr (Nachtragshaushalt 2022). Auf dieser Grundlage fand am 2. November 2023 die 1. Lesung des Entwurfs statt.

Am 8. November 2022 beschloss die Landesregierung eine Ergänzungsvorlage ([18/1500](#)), mit der laut Minister dem Finanzierungsanteil Nordrhein-Westfalens am Entlastungspaket III sowie der zwischenzeitlich erfolgten Herbst-Steuerschätzung Rechnung getragen wird.

Demnach sieht der Entwurf nun Ausgaben in Höhe von 104,7 Milliarden Euro vor. Es ist weiter keine Aufnahme neuer Schulden geplant.

Die Steuereinnahmen werden auf rund 74,4 Milliarden Euro geschätzt (2022: 71,8 Milliarden Euro). Die Personalausgaben liegen bei 32,1 Milliarden Euro (30,7), die Ausgaben für Investitionen sinken auf 9,9 Milliarden Euro im Vergleich zu 10,1 Milliarden Euro im laufenden Jahr. Die Kommunen erhalten vom Land 15,2 Milliarden Euro und damit rund 1,2 Milliarden Euro mehr als 2022, wie die Landesregierung erläutert.



MELDUNGEN

Kritische Infrastruktur

2.11.2022 – Der Schutz der sogenannten Kritischen Infrastruktur im bevorstehenden Winter stand im Mittelpunkt eines Antrags der Fraktionen von CDU und Grünen ([18/1354](#)). Die Fraktionen warnen vor einer „Überlagerung von Krisen“. Einerseits zeige die Erfahrung der vergangenen beiden Jahre, dass im Winter mit einem Anstieg der Corona-Infektionen zu rechnen sei, die zu einem größeren Krankenstand und Personalausfall in vielen Teilen der Kritischen Infrastruktur führen könne. Andererseits könne im Zuge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine eine angespannte Energieversorgungslage hinzutreten. Die Fraktionen fordern daher die Landesregierung u. a. auf, die Betreiber von Kritischer Infrastruktur weiter bei der Planung und Umsetzung von Schutzmaßnahmen zu unterstützen. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU und Grünen angenommen. Die Fraktionen von FDP und AfD stimmten dagegen, die SPD enthielt sich.

Bildungskonferenz

2.11.2022 – Die SPD-Fraktion hat die Landesregierung aufgefordert, „so schnell wie möglich“ eine Bildungskonferenz einzuberufen. Ihr sollen Landtag, LandesschülerInnenvertretung, Elternvertretungen, die Lehrerverbände sowie die kommunalen Spitzenverbände und Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft angehören, heißt es im Antrag ([18/1374](#)). Ziel müsse sein, ein „gemeinsames Konzept zur Verbesserung der Zukunftsfähigkeit“ des Bildungswesens zu erarbeiten. Hintergrund des Antrags ist der kürzlich veröffentlichte IQB-Bildungstrend 2021, bei dem das Erreichen der Bildungsstandards der Kultusministerkonferenz (KMK) für den Primarbereich in den Fächern Deutsch und Mathematik überprüft wird. Die Ergebnisse zeigten die „Missstände im nordrhein-westfälischen

Bildungssystem“ auf, kritisiert die SPD. So erreichten die Viertklässlerinnen und Viertklässler beim Lesen, Zuhören, Schreiben und Rechnen nicht die Mindestanforderungen der KMK. Der Antrag wurde mit den Stimmen der übrigen Fraktionen abgelehnt.

Nachtragsetat

3.11.2022 – Der Landtag hat mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen von CDU und Grünen den Nachtragshaushalt für das laufende Jahr verabschiedet ([18/900](#), [18/1384](#), [18/1479](#), [18/1480](#)). Gegen den Entwurf der Landesregierung stimmten in 3. Lesung die Oppositionsfraktionen von SPD, FDP und AfD. Mit dem Nachtragsetat steigen die Ausgaben von bisher geplanten 87,5 auf 88,4 Milliarden Euro. Es ist weiterhin keine Aufnahme neuer Schulden vorgesehen. Schwerpunkte der Investitionen sind nach Angaben der Landesregierung Bildung, Sicherheit und Klimaschutz. Konkret ist u. a. der Einstieg in die schrittweise Anhebung der Eingangsbesoldung für alle Lehrämter auf A 13 vorgesehen. Es sollen zudem 1.000 Lehrstellen für die Ausbildung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen aus der Ukraine geschaffen werden. Die Landesregierung will eine neue Zentrale Landesstelle für den Katastrophenschutz gründen und im Innenministerium die Einheit „Cyber-Sicherheit“ verstärken. 200 Millionen Euro sollen zur Finanzierung von Klimaschutzinvestitionen für die Industrie in Nordrhein-Westfalen bereitgestellt werden. Die Opposition kritisierte den Etat erneut.

Iran

3.11.2022 – Der Landtag hat sich solidarisch mit der Freiheitsbewegung im Iran erklärt. Die Abgeordneten verabschiedeten einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP ([18/1357](#)). Darin heißt es u. a., der Landtag verurteile die vom iranischen

Staat ausgehende Gewalt gegen die demonstrierende Zivilgesellschaft scharf. „Er stellt sich klar an die Seite der Verteidigerinnen und Verteidiger universeller Menschen- und insbesondere Frauenrechte, von Meinungs- und Versammlungsfreiheit im Iran.“ Zudem müsse sichergestellt sein, dass „die Regimekritiker und die hier in Nordrhein-Westfalen friedlich demonstrierenden Menschen vor Repressalien durch den iranischen Staat oder staatsnahe Akteure wie zum Beispiel Bespitzelung und Verfolgung wirksam geschützt werden“. Es sei auch „dringliche Verantwortung“ des Parlaments, Menschen, die aus dem Iran nach Nordrhein-Westfalen geflohen seien und Asyl beantragt hätten, vor einer Rückführung zu schützen. Der Tod der 22-jährigen Kurdin Jina Mahsa Amini nach der gewaltsamen Festnahme durch die iranische sogenannte Sittenpolizei hatte die Proteste gegen das iranische Regime ausgelöst. Die AfD-Fraktion enthielt sich.

Schuleingangsuntersuchungen

3.11.2022 – Während der Corona-Pandemie seien Schuleingangsuntersuchungen leider massenhaft ausgeblieben, kritisiert die Fraktion der FDP in einem Antrag ([18/1366](#)). Diese Untersuchungen gäben nicht nur Hinweise auf den Gesundheitszustand des Kindes, das in Kürze in die Schule kommt, sondern auch auf mögliche Entwicklungsverzögerungen. Im dritten Pandemiejahr und ohne die Aufgabe der Kontaktnachverfolgung in den Gesundheitsämtern dürfe Personalnot kein Grund mehr sein, die Untersuchungen ausfallen zu lassen, mahnt die Fraktion. Die Landesregierung solle gegenüber den Kreisen und kreisfreien Städten darauf hinwirken, dass Schuleingangsuntersuchungen wieder verpflichtend durchgeführt und solche der jetzigen Erstklässlerinnen und Erstklässler nachgeholt werden, sofern sie ausgefallen sind. Der



Landtag hat den Antrag zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (federführend) überwiesen.

Wohneigentum

3.11.2022 – Sozialer Mietwohnungsbau und Wohneigentum sollten in Nordrhein-Westfalen gleichrangig gefördert werden. Dies fordert die AfD-Fraktion in einem Antrag ([18/1369](#)). Während die Koalitionsvereinbarung von CDU und Grünen bei der Förderung des Mietwohnraums „sehr konkret“ sei, bleibe sie beim Wohneigentum „allgemein und unverbindlich“. Damit werde der „grundsätzlichen Gleichrangigkeit der Wohnformen“ angesichts der „allzu geringen Verbreitung des Wohneigentums in NRW“ nicht Rechnung getragen. Die Fraktion fordert die Landesregierung u. a. auf, „innerhalb der jährlichen Bewilligungen eine in Relation zueinander relativ gleich hohe Zahl von Sozialmietwohnungen und Eigentumsmaßnahmen zu fördern“. Der Antrag wurde mit den Stimmen der übrigen Fraktionen abgelehnt.

5G-Netz

23.11.2022 – Um ein flächendeckendes 5G-Netz in Nordrhein-Westfalen zu ermöglichen, soll die Landesregierung die Förderung sogenannter Mobilfunkkoordinatorinnen und -koordinatoren bei den Kommunen verlängern. Der Landtag hat einen entsprechenden Antrag der Fraktionen von CDU und Grünen ([18/1683](#)) auch mit den Stimmen von SPD und FDP angenommen. Die AfD enthielt sich. Der 5G-Netzausbau gehe im Land voran, heißt es im Antrag. 97,9 Prozent der Landesfläche seien mit dem Mobilfunkstandard LTE abgedeckt. Mobilfunkkoordinatorinnen und -koordinatoren sollen den Ausbau der Netze unterstützen. Derzeit hätten 25 Kreise und kreisfreie Kommunen

entsprechende Stellen besetzt oder die Förderung beantragt, so CDU und Grüne. Nach derzeitigem Stand laufe die Förderung zum 31. Dezember 2022 aus. Sie solle zunächst um ein Jahr verlängert werden. Ziel sei es, „dass die Kreise und kreisfreien Städte eigene Kompetenzen zu Mobilfunkmanagement in ihren Verwaltungen aufbauen“.

Wirtschaftspolitik

23.11.2022 – Die SPD-Fraktion kritisiert die Wirtschaftspolitik der schwarz-grünen Landesregierung. Laut Ifo-Institut sei die Wirtschaftsleistung von Nordrhein-Westfalen im dritten Quartal um 2,8 Prozent zurückgegangen, heißt es in einem Antrag ([18/1692](#)). Damit sei das Land „Schlusslicht im Bundesvergleich“. Die Folgen schlechter Wachstumszahlen seien Arbeitsplatzverluste und konkrete Gefahren für die Unternehmen. Die Fraktion fordert die Landesregierung u. a. auf, Instrumente zu entwickeln, um Unternehmen in der Energiekrise finanziell zu stabilisieren. Zudem solle ein Transformationsfonds in Höhe von 30 Milliarden Euro aufgelegt werden, „der mit überwiegend privaten Mitteln strategische Beteiligungen an Unternehmen erwirbt, die in der sozial-ökologischen Transformation auf neue Geschäftsmodelle, neue Energieträger oder eine kreislauforientierte Produktion umstellen“. Der Antrag wurde an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie überwiesen.

Corona-Isolation

23.11.2022 – Die FDP-Fraktion fordert in einem Antrag ([18/1667](#)) ein Ende der Isolationspflicht für coronapositiv getestete Menschen. Sie plädiert dafür, sich stattdessen dem Vorgehen von Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Schleswig-Holstein anzuschließen, die per Landesverordnung diese Pflicht aufheben

und stattdessen Eigenverantwortung in den Fokus rücken wollten. Demnach sollten dringende Empfehlungen und Schutzmaßnahmen die Isolationspflicht ablösen. Positiv Getestete dürften dann beispielsweise mit FFP2-Maske zur Arbeit gehen, jedoch kein Krankenhaus oder Pflegeheim betreten. „Aus Sicht der vier Bundesländer rechtfertigen zudem zurückgehende Infektionszahlen, eine gegenüber schweren Verläufen wirksame Schutzimpfung, eine Basisimmunität innerhalb der Bevölkerung von mehr als 90 Prozent sowie wirksame antivirale Medikamente, diesen Schritt zeitnah zu gehen“, argumentiert die FDP-Fraktion. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, SPD und Grünen abgelehnt. FDP und AfD stimmten dafür.

Kfz-Zulassungen

23.11.2022 – Nordrhein-Westfalen sei bei der digitalen Anmeldung von Kraftfahrzeugen im Vergleich zu anderen Bundesländern „ins Hintertreffen“ geraten, heißt es in einem Antrag der FDP-Fraktion ([18/1663](#)). Zulassungen sowie Um- und Abmeldungen würden lediglich in 15 von 53 Kreisen flächendeckend angeboten. Die Landesregierung müsse daher „schnellstmöglich in anderen Bundesländern entwickelte Lösungen übernehmen und diese Antragsverfahren über Portallösungen den Kommunen in Nordrhein-Westfalen zur kostenlosen Nachnutzung zur Verfügung stellen“. Es sei Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen „nicht vermittelbar, warum ein digitaler Antrag in Brandenburg rund um die Uhr vom heimischen Sofa aus möglich ist“, während „in Nordrhein-Westfalen immer noch eine persönliche Vorsprache zu einem separat zu beantragenden Termin während der Öffnungszeiten der örtlichen Zulassungsstelle erforderlich ist“. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, Grünen und AfD abgelehnt. SPD und FDP stimmten zu.



Foto: Schäff

Rettungsschirm

23.11.2022 – Der Landtag hat in 1. Lesung über einen Gesetzentwurf der Landesregierung beraten, der die Auflösung des NRW-Rettungsschirms vorsieht ([18/1501](#)). Dieser war im Frühjahr 2020 beschlossen worden, um alle direkten und indirekten Folgen der Corona-Krise zu finanzieren. Dieser Zweck sei erfüllt, heißt es im Entwurf. Der Bestand des Rettungsschirms solle dem Landeshaushalt als allgemeine Deckung zugeführt werden. Der Entwurf wurde zur weiteren Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen.

Schwimmbäder

23.11.2022 – Die Anzahl der Bäder sowohl für Schwimmsport als auch -unterricht habe sich um 43 Prozent verringert, schreibt die AfD-Fraktion in einem Antrag ([18/1678](#)). Vor diesem Hintergrund „wäre die weitere Optimierung des öffentlichen Wasserflächenmanagements vonnöten“, heißt es dort weiter. Die Landesregierung solle prüfen, ob und wie ein Lehrstuhl für Schwimmbäderbetrieb und Schwimmbäderplanung an einer Hochschule in NRW eingerichtet werden kann. Der Antrag wurde an den Sportausschuss (federführend) überwiesen.

Gewalt im Internet

24.11.2022 – Immer wieder würden Menschen im Internet Opfer sexualisierter Gewalt, so die SPD-Fraktion ([18/1687](#)). Die Landesregierung solle im Aktionsplan gegen Gewalt an Frauen die „Dimensionen der digitalen Gewalt“ stärker beleuchten und ein ressortübergreifendes Gesamtkonzept vorlegen. Für Opfer solle eine zentrale Beratungsstelle eingerichtet werden. Zudem solle das Thema auch in der polizeilichen Ausbildung behandelt werden. Der Antrag wurde an den Ausschuss für Gleichstellung und Frauen (federführend) überwiesen.

GESETZGEBUNG

Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksache | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Bewältigung der Corona-Krise (NRW-Rettungsschirmgesetz) | [18/1501](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 23. November 2022 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Gesetz zur Änderung des Landesbetreuungsgesetzes | [18/1417](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 2. November 2022 | Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | 2. Lesung am 23. November 2022 | verabschiedet

Viertes Gesetz zur Änderung des Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzes | [18/1356](#) (Neudruck) | CDU, SPD, Grüne, FDP | 1. Lesung am 4. November 2022 | Überweisung an den Wissenschaftsausschuss | 2. Lesung am 23. November 2022 | verabschiedet

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr

2023 (Haushaltsgesetz 2023) | [18/1200](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 2. November 2022 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2023 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2023 - GFG 2023) | [18/1100](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 2. November 2022 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Gesetz zur Umsetzung des Gesetzes über die Berufe in der medizinischen Technologie in Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung weiterer landesrechtlicher Regelungen | [18/63](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 2. November 2022 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung des Justizgesetzes Nordrhein-Westfalen sowie weiterer Gesetze | [18/1289](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 2. November 2022 | 2. Lesung am 23. November 2022 | verabschiedet

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Nachtragshaushaltsgesetz 2022 – NHHG 2022) | [18/900](#), [18/1384](#), [18/1479](#), [18/1480](#) | Landesregierung | 2. und 3. Lesung am 3. November 2022 | verabschiedet

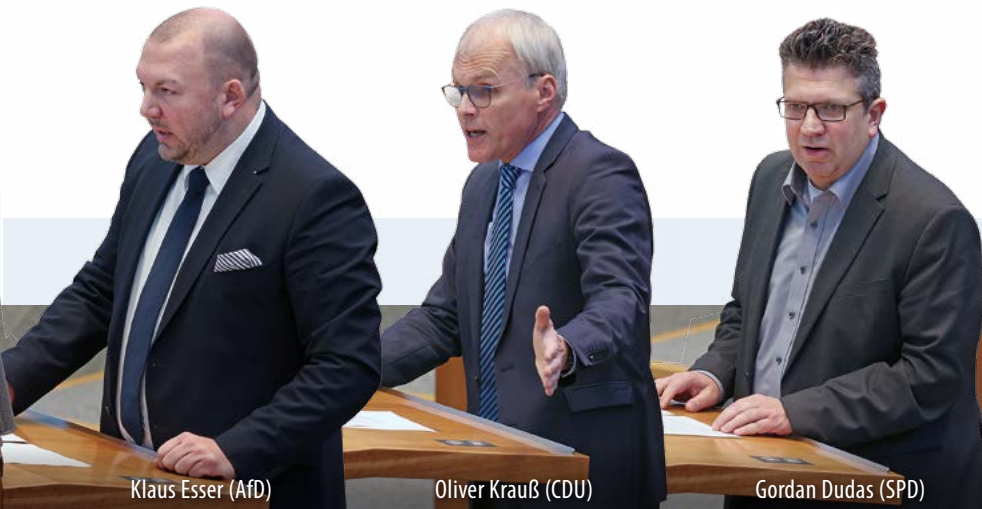
Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes sowie des Landesreisekostengesetzes | [18/928](#), [18/1385](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 3. November 2022 | verabschiedet

Gesetz zur Vermeidung von Gendersprache in den Angeboten des Westdeutschen Rundfunks (Gendersprache-Vermeidungsgesetz WDR) | [18/1368](#) | AfD | 1. Lesung am 3. November 2022 | Überweisung an den Ausschuss für Kultur und Medien

Zweites Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften | [18/997](#) | Landesregierung | Ausschuss für Heimat und Kommunales | in Beratung

Warten auf Bus und Bahn

24. November 2022 – Probleme im öffentlichen Nahverkehr waren Thema einer Aktuellen Stunde. Die Debatte fand auf Antrag der AfD-Fraktion statt. Diese befürchtete „Chaos“ in der Vorweihnachtszeit u. a. aufgrund eines hohen Krankenstands bei den Verkehrsbetrieben.



Klaus Esser (AfD)

Oliver Krauß (CDU)

Gordan Dudas (SPD)

Viele Mitarbeitende hätten sich krankgemeldet, einige S-Bahnen und Regionalbahnen würden bis Weihnachten ausfallen, heißt es in dem Antrag (18/1781). Laut Presseberichten sei vor allem das Ruhrgebiet betroffen.

„Der Patient Nahverkehr liegt auf der Intensivstation“, sagte **Klaus Esser** (AfD) und zählte zahlreiche Ausfälle auf verschiedenen Bahnlinien in einem Monat auf. Die Infrastruktur sei marode, die Fahrzeuge befänden sich teils in einem desolaten Zustand, die Personaldecke sei „auf Kante genäht“, die Mitarbeitenden seien überlastet. Esser forderte deutliche Investitionen in die Substanz des öffentlichen Personennahverkehrs. Es gehe in NRW bestenfalls um die „Grundsicherung der schieren Aufrechterhaltung von Nahverkehr und Mobilität“. Von einer Gestaltung sei man „meilenweit entfernt“, sagte der Abgeordnete.

„Der Antrag vereinfacht unverhältnismäßig“, hielt **Oliver Krauß** (CDU) dagegen. Es fehle an Aufgabenkritik, stattdessen solle der Eindruck von Systemversagen erzeugt werden. Die Fakten jedoch zeigten: 15 Millionen Zugkilometer mehr in den vergangenen elf Jahren, 15 Prozent mehr Fahrgäste von 2010 bis 2018. Der Rhein-Ruhr-Express als wichtigstes Projekt im Schienennahverkehr sei 2020 gestartet. Auch Entlastungen in der Energiekrise und ökologische wie soziale Verbesserungen blieben im Antrag unberücksichtigt. Dem Personalbedarf gerecht zu werden, sei die große Herausforderung, erklärte Krauß.

Das 9-Euro-Ticket habe im Sommer gezeigt, wie attraktiv Bus und Bahn sein könnten – wenn der Preis niedrig und das System für Fahrgäste einfach und nachvollziehbar sei-

en, sagte **Gordan Dudas** (SPD). Es sei gut, dass Bund und Länder nun mit Hochdruck an der Realisierung des Deutschlandtickets arbeiten. Das reiche aber nicht. „Wir brauchen das NRW-Ticket für einen Euro am Tag“, sagte Dudas. Wichtig seien zudem eine auskömmliche Finanzierung des ÖPNV, eine Fachkräfte-Offensive sowie bessere Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen, um mehr Menschen für den Beruf zu gewinnen. Die SPD sehe dabei die Bahn in der Pflicht.

„Vernetzte Mobilität“

„Wie schön, dass die AfD das Bus- und Bahnfahren jetzt auch für sich entdeckt hat“, sagte **Laura Postma** (Grüne). In deren Wahlprogramm finde sich jedoch kein Wort zum Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Nur zu klagen, reiche nicht,

so Postma. Man müsse sich des Themas annehmen und entsprechend handeln: „Genau das machen sowohl die Landesregierung als auch die Koalition aus CDU und Grünen bereits.“ Im „Zukunftsvertrag“ habe man festgehalten, dass öffentlicher Verkehr sowie Schienen- und Radverkehr das „Rückgrat der zukünftigen nachhaltigen und vernetzten Mobilität“ seien. Man arbeite an „nachhaltigen Lösungen“.

Bürgerinnen und Bürger erwarteten Verlässlichkeit, „aber sie stehen an Bahnsteigen und warten und warten“, kritisierte **Christof Rasche** (FDP). Die Infrastruktur des Schienenverkehrs sei „überlastet“ und „höchst sanierungsbedürftig“. Baumaßnahmen seien gut, müssten aber koordiniert werden. Daran mangle es. Viele Pendlerinnen und Pendler fühlten sich im Stich gelassen. Das „Chaos auf der Schiene“ führe zu einer Verkehrsverlagerung auf die Straße. Die Folge seien Staus. Die Verkehrspolitik in Nordrhein-Westfalen habe unter Schwarz-Grün „radikal an Stellenwert verloren“.

Der Ausbau des öffentlichen Verkehrs sei über mehrere Landesregierungen hinweg betrachtet eine „Erfolgsgeschichte in Nordrhein-Westfalen“, entgegnete Verkehrsminister **Oliver Krischer** (Grüne). Die Fahrgastzahlen seien stark gestiegen und es seien mehr Strecken eingerichtet worden. Aktuelle Probleme seien vor allem auf zwei Ursachen zurückzuführen: Es gebe viele Baustellen, was bedeute, dass Strecken endlich saniert würden und nachgeholt werde, was in der Vergangenheit versäumt worden sei. Zum anderen mangle es an qualifiziertem Personal. Die Landesregierung kümmere sich darum, die Rahmenbedingungen zu verbessern.

sow, zab, tob

Fotos: Schälte



Laura Postma (Grüne)

Christof Rasche (FDP)

Verkehrsminister
Oliver Krischer (Grüne)

Entlastungen in der Energiekrise

4. November 2022 – Die Länder haben sich am 2. November 2022 mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) über die Finanzierung von Entlastungen für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen in der derzeitigen Krise verständigt. Zwei Tage später unterrichtete Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) den Landtag über Details der Einigung.

Bund und Länder hatten u. a. eine Nachfolgeregelung für das 9-Euro-Ticket gefunden – ein 49-Euro-Ticket für den öffentlichen Nahverkehr, auch Deutschlandticket genannt. Zudem soll es Entlastungen angesichts hoher Preise für Gas, Fernwärme und Strom geben. Der Dezemberabschlag der Gasrechnung wird vom Staat bezahlt. Ab März soll eine Gaspriesthemse greifen, die Strompreisthemse soll zum Januar wirken.

Ministerpräsident **Hendrik Wüst** (CDU) begrüßte die Einigung. Zugleich forderte er den Bund auf, die „Winterlücke“ bei den Energiepreisen im Januar und Februar zu schließen. Wüst bezifferte den Landesanteil am Entlastungspaket III auf 3 Milliarden Euro pro Jahr. Zusätzlich zum Schutzschirm für die Stadtwerke in Höhe von 5 Milliarden Euro sowie 2,5 Milliarden Euro für die Unikliniken sei nun ein Drei-Säulen-Plan weiterer Landesentlastungen in Höhe von 3,5 Milliarden Euro vorgesehen: für Krisenhilfen beispielsweise für Sportvereine, eine Verbesserung der „Krisenresilienz“ und Investitionen in eine stärkere energiepolitische Unabhängigkeit.

SPD-Fraktionschef **Thomas Kutschaty** betonte, die Einigung zeige, dass sich Deutschland nicht vom russischen Präsidenten erpressen lasse. Nun werde es Zeit, dass auch die Landesregierung zu ihrer Verantwortung stehe. Mit den Rufen nach Berlin müsse Schluss sein. Es sei gut, dass es mit dem Drei-Säulen-Plan erste Anzeichen für Landesentlastungen gebe. Diese seien aber noch „nebulös“. 13 andere Bundesländer hätten bereits eigene Entlastungen für 2022 und 2023 geplant oder auf den Weg gebracht. Der Ministerpräsident müsse endlich konkret werden. Kutschaty nannte

u. a. Entlastungen für Familien bei Gebühren und Wirtschaftshilfen.

Sein Vorredner habe staatsmännisch begonnen, sei aber „als Pressereferent von Olaf Scholz“ geendet, sagte der CDU-Fraktionsvorsitzende **Thorsten Schick**. Ministerpräsident Wüst habe maßgeblich zum gefundenen Kompromiss beigetragen. Das Ergebnis schaffe Klarheit für Menschen und Unternehmen. Insgesamt helfe das Land mit 14,4 Milliarden Euro den Menschen und den Betrieben, gut durch den Winter zu kommen. „Wir gehen bis an die Schmerzgrenze, um dieses Signal zu setzen“, sagte Schick. Mängel in der Finanzierung durch den Bund sah er beim Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und in der Flüchtlingsunterbringung.

„Störungen im Betriebsablauf“

Henning Höne, Vorsitzender der FDP-Fraktion, begrüßte, dass der Weg für das Entlastungspaket nun frei sei. „Das wäre etwas schneller gegangen“ – für „Störungen im Betriebsablauf“ habe maßgeblich auch der NRW-Ministerpräsident gesorgt. Das Land hätte längst handeln müssen, warf Höne der Landesregierung vor. Wüst aber verstehe sich offenbar als „wohlmeinender Berater der Ministerpräsidentenkonferenz“ – eine solche Aufgabenbeschreibung suche man in der Landesverfassung jedoch vergeblich. Zum nun vorgestellten Drei-Säulen-Plan sagte Höne: „Das Phrasenschwein ist voll, die Liste der konkreten Antworten ist leer.“

Der Streit ums Geld wäre vermeidbar gewesen, wenn Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) früher auf die Länder zuge-

gangen wäre, sagte Grünen-Fraktionschefin **Wibke Brems**. Die Landtagsfraktionen von SPD und FDP seien „wenig konstruktiv“ und hätten sich komplett an die Seite von Lindner und Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) gestellt. Sie stritten nicht für Nordrhein-Westfalen, sagte Brems: „Das finde ich nicht fair.“ Es sei wichtig, dass Bund und Länder in der Krise zusammenstehen. Besonders erfreut sei sie über die Einführung des Deutschlandtickets. Sie bezeichnete es als Klimaticket: „Eine wahre Revolution.“

AfD-Fraktionschef **Dr. Martin Vincentz** bezeichnete die Gaspriesthemse als „Bürokratiemonster“. Die Regierungen in Bund und Ländern hätten bei der Bereitstellung von günstiger und verfügbarer Energie versagt. Er kritisierte, dass die zumeist kältesten Monate Januar und Februar bei den Entlastungen nicht berücksichtigt worden seien. Besser, so Vincentz, wäre eine Senkung der Strom- und Mehrwertsteuer gewesen. Zudem müsse das Energieangebot „drastisch erhöht“ werden. Atom- und Kohlekraftwerke müssten am Netz bleiben. Das Wohl der Bevölkerung sei wichtiger als „ideologische Maßstäbe“ es seien.

Die FDP-Fraktion hatte einen Entlastungsantrag eingebracht (18/1493), der mit den Stimmen von CDU, Grünen und AfD abgelehnt wurde. Die SPD stimmte mit der FDP dem Antrag zu.

wib, sow, zab

Ende November kündigte die Bundesregierung an, dass die Gaspriesthemse rückwirkend auch für Januar und Februar 2023 gelten soll.

Fotos: Schälte, ShutterProductions/Shutterstock



PLENUM

China und die Chips aus Dortmund

2. November 2022 – Der geplante Verkauf des Dortmunder Chip-Herstellers Elmos an das Unternehmen Silex hat den Landtag in einer Aktuellen Stunde beschäftigt. Hintergrund: Silex ist zwar in Schweden ansässig, gehört aber zum chinesischen IT-Konzern Microelectronics. Die AfD-Fraktion hatte die Debatte beantragt.

Die Fraktion fürchtet nach der „gefährlichen Abhängigkeit von russischem Erdgas“ eine weitere „drohende Abhängigkeit“. Zudem bestehe die Gefahr, „dass technologische Kompetenzen in die Hände fremder Staaten geraten“, heißt es im Antrag (18/1443). Der Landtag müsse beraten, wie die „Abhängigkeit von fremden Staaten in der Wirtschaft minimiert“ und Absatzmärkte für die NRW-Exportwirtschaft erhalten bleiben können.

Christian Loose (AfD) verwies auf Abhängigkeiten von China oder auch Indien beispielsweise bei der Pharmaherstellung. Wegen der Corona-Pandemie seien Medikamente nicht lieferbar. Solche Abhängigkeiten träfen vor allem „die kleinen Leute“, weil sie von Kurzarbeit betroffen seien oder Produkte teurer würden. Daher müsse die Frage gestellt werden, welche neuen Abhängigkeiten durch einen Verkauf der Elmos-Chipherstellung entstünden. Die Firma stelle Chips für die Automobilindustrie her und sei in einigen Bereichen Weltmarktführer. Sei es sinnvoll, China einen

Zugriff auf eine solche Spitzentechnologie zu ermöglichen?

Dr. Jan Heinisch (CDU) sagte, der Antrag der AfD-Fraktion enthalte keine Neuigkeiten. Der Fall sei seit fast einem Jahr bekannt. Und der mögliche Verkauf werde auch derzeit von der Bundesregierung geprüft. Heinisch mahnte, dass bei solchen Diskussionen neben möglichen Gefahren immer auch die Chancen von Investitionen gesehen werden müssten. Bei Firmen aus autokratischen Staaten müssten enge Maßstäbe angelegt werden. Die Bedeutung der chinesischen Wirtschaft sei aber so groß, dass Investitionen nicht grundsätzlich infrage gestellt werden dürften. Aufgabe der Politik sei, klare Regeln festzulegen.

„Klare Leitplanken“

In Zeiten der Globalisierung sei eine Abschottung nicht im Interesse Deutschlands und Nordrhein-Westfalens, sagte **André Stinka** (SPD). Internationale Kooperation schaffe Wohlstand

und Innovation. Man müsse aber „klare Leitplanken ziehen“. Da seien Bundesregierung und Europäische Union „bereits auf dem Weg“. Es sei wichtig, kritische Infrastruktur sowie sensible Daten zu schützen und keine Abhängigkeiten entstehen zu lassen. Für die Sozialdemokratie sei klar, „dass es eine neue Ausrichtung der China-Politik geben muss“, sagte Stinka. Die AfD-Fraktion aber wolle „populistischen Quatsch erzählen“.

Die AfD-Fraktion habe es sich in ihrem Antrag zur Aktuellen Stunde „gewohnt einfach gemacht“, sagte **Jan Matzoll** (Grüne). Wenn allerdings ein autoritäres Regime „auf Einkaufstour“ gehe, müssten Demokratinnen und Demokraten hellhörig werden. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz prüfe deshalb aktuell die geplante Übernahme. Dem Ergebnis könne und wolle man nicht vorgreifen, so Matzoll. Zuständig sei der Bund, nicht das Land. Den Herausforderungen der Globalisierung und dem Erstarken autoritärer Staaten müsse „wach und entschlossen, aber trotzdem mit der nötigen Offenheit“ begegnet werden.

China sei zwar ein wichtiger Handelspartner für Nordrhein-Westfalen, erklärte **Prof. Dr. Andreas Pinkwart** (FDP). Etwa zehn Prozent des Außenhandels entfielen auf den asiatischen Staat. Mehr als die Hälfte des In- und Exports betreibe NRW jedoch mit Handelspartnern in der Europäischen Union. Es gelte weiterhin, wirtschaftliche Beziehungen zu anderen asiatischen Staaten und auch zu chinesischen Provinzen zu stärken – gerade im Bemühen um Klimaneutralität seien dies wichtige Partner. Daneben hielt Pinkwart jedoch auch eigene Strategien für notwendig, um Abhängigkeiten zu vermeiden: Neben Erneuerbaren Energien und mehr Recycling nannte er die Atomenergie.

Die „alte Antwort ‚Atomkraft, ja bitte‘“ sei so un kreativ, dass sie sie weder in kleinen Betrieben noch in großen Unternehmen höre, erwiderte Wirtschaftsministerin **Mona Neubaur** (Grüne). Gefragt seien dort vielmehr die Kreativität und der Ideenreichtum, die den Standort NRW auszeichneten. Die Elmos-Frage befinde sich gerade in der Prüfung auf Bundesebene. Nordrhein-Westfalen habe darüber nicht zu entscheiden. Die Aufgabe hier bestehe darin, das Innovationspotenzial zu stärken, um die heimische Wirtschaft nachhaltig, innovativ und widerstandsfähig aufzustellen – damit sie gestärkt aus der Krise hervorgehe. *wib, zab, sow*

Verkauf gestoppt

Eine Woche nach der Debatte im Landtag hat die Bundesregierung den geplanten Verkauf der Dortmunder Chipfertigung an den chinesischen Konzern untersagt. Der Erwerb hätte, so das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, „die öffentliche Ordnung und Sicherheit Deutschlands gefährdet“.

Debatte ums Bürgergeld

3. November 2022 – Der Bundestag hat am 10. November 2022 die Einführung des sogenannten Bürgergelds beschlossen. Es soll „Hartz IV“ zum 1. Januar 2023 ablösen. Bereits eine Woche zuvor hatte der Landtag in einer Aktuellen Stunde über das Thema debattiert. Anlass: Die SPD-Fraktion wirft der Union eine „Blockadehaltung“ im Bundesrat vor. Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) müsse sie beenden.

Fotos: Schälte



Thomas Kutschaty (SPD)

Marco Schmitz (CDU)

Yvonne Gebauer (FDP)

Jule Wenzel (Grüne)

Dr. Martin Vincentz (AfD)

Sozialminister
Karl-Josef Laumann (CDU)

Die SPD-Fraktion schreibt in ihrem Antrag ([18/1444](#)) von „Wortmeldungen mehrerer Spitzenpolitikerinnen und Spitzenpolitiker aus Reihen der CDU und CSU, die eine Blockade des Bürgergelds im Bundesrat androhen“. Dies erscheine als „besonders taktisches Machtkalkül, das einzig und allein darauf ausgerichtet ist, der Ampel-Koalition auf Bundesebene und letztlich vor allem vielen Menschen, die vom Bürgergeld profitieren würden, zu schaden“.

„Mindestlohn erhöhen“

Die Union und Ministerpräsident Hendrik Wüst verbreiteten eine „Desinformationskampagne sondergleichen“, die die Gesellschaft spalte und die Armen gegen noch Ärmere ausspiele, sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende **Thomas Kutschaty**. Das von ihnen geforderte Abstandsgebot zwischen Transferleistungen und Arbeitslohn lasse sich in zwei Richtungen auslegen: Entweder könne man „nach unten drücken“, wie die CDU es favorisiere. Man könne aber ebenso für faire und gerechte Löhne sorgen und beispielsweise den Mindestlohn erhöhen, regte Kutschaty an und forderte: „Beenden Sie endlich Ihre kalt-herzige Blockadehaltung!“

„Wir müssen schauen, dass derjenige, der arbeitet, am Ende des Monats mehr hat als derjenige, der vom Sozialstaat Leistungen erhält“, sagte **Marco Schmitz** (CDU). Er sprach sich dafür aus, die Zuverdienstgrenzen zu erhöhen. Wer in Vollzeit arbeite und vielleicht sogar noch nachts einem zusätzlichen Minijob nachgehe, habe am Ende des Monats dieselben Sorgen wie Menschen, die Sozialleistungen bezögen. Es sei richtig, das Schonvermögen zu verringern. Vermö-

gen besäßen ohnehin nur die Allerwenigsten im Sozialleistungsbezug. Man könne so aber Clans und anderen, die Sozialbetrug betrieben, beikommen, sagte Schmitz.

Die FDP stehe zur Einführung des Bürgergelds, halte aber Verbesserungen für wünschenswert, sagte **Yvonne Gebauer** (FDP). So gelte es, „Fehlansätze“ bei der Übernahme der Heizkosten zu vermeiden. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, dass der Staat übermäßiges Heizverhalten durch die Übernahme der Kosten auch noch fördere. Das neue Bürgergeld solle dafür sorgen, „dass niemand, der aus welchen Gründen auch immer kurzfristig in die soziale Bedürftigkeit fällt, sofort mittellos ist und um ein würdevolles Leben bangen muss“, sagte Gebauer. Zugleich sei es richtig und wichtig, den Grundsatz des Förderns und Forderns aufrechtzuerhalten.

Beim Bürgergeld handle es sich neben der Wohngeldreform und der Kindergrundsicherung um eine der größten sozialpolitischen Errungenschaften, die während der letzten Jahrzehnte auf den Weg gebracht worden seien, sagte **Jule Wenzel** (Grüne). Es komme zur richtigen Zeit. Für viele Menschen im Leistungsbezug sei „der Gang in den Supermarkt in diesen Tagen ein sehr schwerer“. Eine Erhöhung um 53 Euro auf einen Regelsatz von 502 Euro sei ein „dringend notwendiger Schritt“, so Wenzel. Es dürfe aber nicht der letzte sein. Sanktionen wie bisher hätten Betroffene eingeschüchert und stigmatisiert, im Zweifel eine Jobaufnahme sogar erschwert.

AfD-Fraktionschef **Dr. Martin Vincentz** warf der SPD vor, sie wolle im Windschatten der derzeitigen Krise die von ihr als „großen Ma-

kel“ empfundene Sozialreform unter dem damaligen SPD-Kanzler Gerhard Schröder korrigieren und ihr Image verbessern. Dies sei eine „Traumatherapie“. Es müsse aber weiter gelten, dass ein Mensch, der jeden Tag aufstehe und arbeite, mehr am Ende des Monats haben müsse als derjenige, der liegenbleibe. Mit ihrem „Schnellschuss“ fahre die SPD das Sozialsystem ein Stück weiter an die Wand. Das Problem der Armut löse man durch Arbeit, nicht durch Almosen.

Sozialminister **Karl-Josef Laumann** (CDU) wies den Vorwurf der SPD zurück, seine Partei nehme beim Bürgergeld eine Blockadehaltung ein. Das Thema könne von der Seite der Leistungsempfänger betrachtet werden und von der Seite derjenigen, die diese Leistungen über Steuern erwirtschafteten. Es sei wichtig, dass diese Debatte geführt werde. Und wenn eine Lösung gefunden werden solle, müssten beide Seiten betrachtet werden. Laumann betonte, dass seine Partei nicht die Erhöhung des Regelsatzes infrage stelle. Probleme sehe er u. a. bei der Frage, ob das Lohnabstandsgebot eingehalten werde, bei der Karenzzeit und beim Schonvermögen.

sow, zab, wib

Der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat verständigte sich am 23. November 2022 auf eine Reihe von Änderungen am Bürgergeld-Gesetz und erzielte damit einen Kompromiss. Der Einigungsvorschlag sieht insbesondere eine Verkürzung der Karenzzeit und eine Reduzierung der Schonvermögen vor. Am 25. November 2022 (nach Redaktionsschluss) standen die Schlussabstimmungen in Bundestag und Bundesrat dazu an.



Der Botschafter wurde von der ukrainischen Generalkonsulin Iryna Shum begleitet.

Der Präsident des Landtags, André Kuper (r.), begrüßte Botschafter Oleksii Makeiev im Empfangsraum. Dort trug sich der Diplomat ins Gästebuch des Parlaments ein. Fotos: Schälte

FORUM

„Freund unter Freunden“

14. November 2022 – Der neue Botschafter der Ukraine, Oleksii Makeiev, hat den nordrhein-westfälischen Landtag besucht. Präsident André Kuper empfing den Diplomaten, der erst seit Mitte Oktober im Amt ist. Begleitet wurde Makeiev von der ukrainischen Generalkonsulin in Nordrhein-Westfalen, Iryna Shum.

Der Empfang im Landtag war der erste Termin des zweitägigen Antrittsbesuchs im bevölkerungsreichsten Bundesland. Dieser führte den Diplomaten auch in die Staatskanzlei zu Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU). Makeiev wurde zudem von den beiden Stadtoberhäuptern von Düsseldorf und Köln, Oberbürgermeister Stephan Keller und Oberbürgermeisterin Henriette Reker, empfangen.

Der Präsident sagte: „Wir begrüßen Botschafter Oleksii Makeiev im Landtag als Freund unter Freunden. Die Beziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und der Ukraine sind durch den russischen Angriffskrieg noch stärker geworden. Wir werden unsere ukrainischen Freunde weiterhin unterstützen und auch starke Signale der Solidarität senden. Wir stehen zusammen für Frieden, Freiheit und Demokratie.“

Nach dem Eintrag ins Gästebuch des Landtags tauschte sich der Botschafter mit Präsident Kuper über die aktuelle Situa-

on in der Ukraine aus. Außerdem war die geplante Regionalpartnerschaft zwischen Nordrhein-Westfalen und der Ukraine Inhalt des Gesprächs. Der Landtag hatte im September einen Antrag zu dieser Partnerschaft angenommen.

Parlamentariergruppe

Ein weiteres Gesprächsthema war die Parlamentariergruppe NRW - Polen, Ukraine, Mittel- und Osteuropa, Baltikum. Diese kümmert sich unter dem Vorsitz von André Kuper um die Beziehungen und den Austausch zwischen den Ländern.

Oleksii Makeiev (46) wuchs in Kiew auf und begann 1996 seine diplomatische Laufbahn. Von 2005 bis 2010 arbeitete er als Botschaftsrat an der Botschaft der Ukraine in Berlin. Vor seinem Wechsel auf den Botschafterposten war er Sonderbeauftragter des ukrainischen Außenministeriums für Sanktionspolitik. Makeiev hat mehrere Bücher zu internationalen Sicherheitsfragen verfasst. *red*

„Garant rechtsstaatlicher Stabilität“:

19. Oktober 2022 – Er gilt als „Hüter der Landesverfassung“ und „Zitadelle der Demokratie“: Mit einem Festakt im Plenarsaal haben die drei höchsten Staatsorgane des Landes das 70-jährige Bestehen des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen gefeiert.

Ein Blick zurück, ins Jahr 1946, zu den Anfängen Nordrhein-Westfalens nach dem Zweiten Weltkrieg: Die Abgeordneten des Landtags berieten seinerzeit darüber, wie eine neue Verfassung für das Land aussehen könnte – und ob es eine Gerichtsbarkeit mit einem eigenen Verfassungsgericht geben sollte. Im ersten Verfassungsentwurf war das nicht vorgesehen. Zu groß waren die Bedenken, dass die Staatlichkeit der Bundesländer gestärkt und so die Einheit Deutschlands gefährdet sein könnte.

Sitz in Münster

Im späteren Entwurf, der 1950 verabschiedet wurde, setzten sich allerdings die Befürworter einer eigenen Landesgerichtsbarkeit durch: Die Verfassung sah ein eigenes Verfassungsgericht für Nordrhein-Westfalen vor; seine Arbeit nahm es im Mai 1952 auf. Seitdem hat das höchste Gericht des Landes seinen Sitz in Münster, in Distanz zu Düsseldorf, um die Unabhängigkeit von Landesregierung und Landtag, den anderen beiden Verfassungsorganen in Nordrhein-Westfalen, zu betonen.

Seit sieben Jahrzehnten nimmt der Verfassungsgerichtshof nun Einfluss auf die Politik in Nordrhein-Westfalen, ohne selbst politisch aktiv zu sein. Als „Schiedsrichter der Politik“ und „Garant rechtsstaatlicher Stabilität“, wie es oft heißt. Maßstab seiner Entscheidungen ist dabei die Landesverfassung, anhand derer die obersten Richterinnen und Richter des Landes Gesetze und Regelungen überprüfen. André Kuper, Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, hob die vielfältigen Aufgaben bei der Festveranstaltung im Plenarsaal hervor. Das Gericht verschaffe der Landesverfassung im Streitfall Geltung, kontrolliere die Einhaltung ihrer Regelungen, kläre Zweifelsfragen rechtsverbindlich und stelle Rechtsfrieden her.

„Wir dürfen uns sehr glücklich über die unabhängige Verfassungsgerichtsbarkeit schätzen und werden diese auch zukünftig nach allen Möglichkeiten schützen und verteidigen“, sagte Kuper. Das Verfassungsgericht als „Hüter der Verfassung“ habe von der ersten Stunde an bis heute „Wesentliches für das Werden und das Wesen unseres demokratischen Gemeinwesens erbracht“.

Prof. Dr. Dr. h.c. Barbara Dauner-Lieb, Präsidentin des Verfassungsgerichtshofs, sagte: „Mit 70 Jahren Verfassungsgerichtshof feiern wir nicht nur das langjährige Bestehen und gute

Funktionieren des Verfassungsgerichtshofs als Institution, sondern vor allem, wofür diese steht: Rechtsstaat, Demokratie und eine gelebte Verfassungskultur in unserem Land.“ Diese habe das Land mit der Einführung der Individualverfassungsbeschwerde weiter gestärkt. Der Verfassungsgerichtshof sei „nunmehr auch und vor allem als Bürgergericht mit dem Schutz der Grundrechte und damit des Souveräns betraut“. Dies sei ein „starkes Bekenntnis zu den Grundrechten des Landes“. Der Umstand, dass der Festakt von allen drei Verfassungsorganen des Landes ausgerichtet werde, unterstreiche die „gemeinsame Überzeugung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit“.

Das Gericht habe das Recht und den Mut, auch unbequeme Entscheidungen zu treffen, hob Ministerpräsident Hendrik Wüst hervor. „Der Verfassungsgerichtshof hält nicht nur unsere Verfassung in Form, er ist auch selbst in bester Verfassung.“ Maßvolle Reformen hätten dazu beigetragen. So würden seit 2016 alle Mitglieder durch den Landtag gewählt. Zuvor war

die Richterbank u. a. mit Mitgliedern besetzt, die kraft ihres Amtes dort saßen.

Die Unabhängigkeit der Justiz sei ein hohes Gut, sagte Wüst: „Es ist Gift für die Akzeptanz von Urteilen, wenn Gerichte nicht mehr als überparteiliche Instanzen, sondern als Teile politischer Auseinandersetzungen gesehen werden.“ Gerichte dürften nicht zum Spielball von Regierungen werden. Wenn das geschehe, sei die freiheitliche Ordnung gefährdet. „Der starke und unabhängige Verfassungsgerichtshof unseres Landes dagegen stützt diese Ordnung und er ist darin eine feste Säule.“ Er sei ein „Glücksfall für das Land Nordrhein-Westfalen“.

Diese hohe Akzeptanz und Autorität genoss der Verfassungsgerichtshof allerdings nicht immer in den sieben Jahrzehnten seines Bestehens, bemerkte Prof. Dr. Christian von Coelln, Staats- und Verwaltungsrechtler an der Universität zu Köln. Nach der Verabschiedung des Grundgesetzes und der Gründung des Bundesverfassungsgerichts im Jahr 1951 seien die Verfassungen der Länder und deren Ver-



Der Plenarsaal des Landtags bot während des Festakts den passenden Rahmen.

Fotos: Ingo Lammert

70 Jahre Verfassungsgerichtshof

fassungsgerichte für einige Jahrzehnte aus dem Fokus der Aufmerksamkeit geraten. „Wenn sie überhaupt noch angesprochen wurden, geschah dies häufig gleichgültig, zum Teil auch regelrecht herablassend.“

Thema öffentlicher Diskussion

Landesverfassungsgerichte hätten ein „Kümmertdasein“ erlebt, sie seien als „Zierrat“ und „überflüssiger Luxus“ bezeichnet worden. Erst mit der Wiedervereinigung im Jahr 1989 habe sich das schlagartig geändert, sagte von Coelln: Alle neuen Bundesländer hätten sich für eigene Landesverfassungen und eigene Landesverfassungsgerichte entschieden, was zunächst nicht selbstverständlich gewesen sei. „Landesverfassungsrecht wurde zum Thema einer öffentlichen Diskussion.“ Der Wind des Zeitgeistes habe sich „vom Unitarismus zum Föderalismus“ gedreht.

Nach der Wiedervereinigung sei es zu einer „Wiederbelebung des Landesrechts und seiner Gerichtsbarkeit“ gekommen. Mit Blick auf bestimmte Rechtsfragen seien Landesverfassungsgerichte „maßstabgebend“ tätig gewesen – auch in Nordrhein-Westfalen: etwa bei Fragen der



Landtagspräsident André Kuper (v.l.), Prof. Dr. Christian von Coelln, Prof. Dr. Dr. h.c. Barbara Dauner-Lieb und Ministerpräsident Hendrik Wüst sprachen zum 70-jährigen Bestehen des Verfassungsgerichtshofs.

direkten Demokratie oder bei Fragen zur Verfassungsmäßigkeit von Landeshaushalten. Auch zentrale Entscheidungen zum Versuch, Parlamente durch Änderungen des Wahlrechts geschlechtsparitätisch zu besetzen, stammten von Landesverfassungsgerichten, erklärte der Rechtsprofessor.

Der wichtigste Impuls zur Stärkung der Landesgerichtsbarkeit sei aber von der sogenannten Individualverfassungsbeschwerde ausgegangen,

die in den vergangenen Jahren in vielen Bundesländern eingeführt wurde. Sie erlaubt es jeder Bürgerin und jedem Bürger, den Verfassungsgerichtshof mit der Behauptung anzurufen, durch die öffentliche Gewalt seien eigene Rechte verletzt worden. In Nordrhein-Westfalen wurde diese Möglichkeit zu Beginn des Jahres 2019 geschaffen, nachdem der Landtag im Vorjahr ein entsprechendes Gesetz auf den Weg gebracht hatte. Dies sei „die zentrale Gesetzesänderung der vergangenen 70 Jahre“ für den Verfassungsgerichtshof gewesen, sagte von Coelln. Sie habe zu „grundstürzenden Änderungen“ geführt.

Die Beliebtheit der neuen Beschwerdemöglichkeit zeige ein Blick auf die Zahlen: In den Jahren 2017 und 2018 seien insgesamt 23 neue Verfahren in Münster anhängig gewesen. Mit Einführung der Individualverfassungsbeschwerde im Jahr 2019 seien bereits 78 Verfassungsbeschwerden eingegangen, 2020 seien es 212 gewesen und 155 für das Jahr 2021. In Zukunft sei zu erwarten, dass die Individualverfassungsbeschwerde die „mit Abstand populärste Verfahrensart“ sein werde.

Damit der Verfassungsgerichtshofs für Nordrhein-Westfalen in Zukunft weiterhin wertvolle Arbeit leisten könne, brauche es „richerlichen Mut, vorhandene Kompetenzen auch in Anspruch zu nehmen“, sagte von Coelln. Es bedürfe zudem „engagierter Abgeordneter, die vorhandene Regelungen auf Reformbedarf überprüfen“. Und in Politik sowie Justiz seien „Akteure vonnöten, die Bundesstaatlichkeit und die mit ihr einhergehende und von ihr intendierte Vielfalt für mehr halten als ein wohlklingendes Versatzstück für Sonntagsreden.“

tob

Ein Video sowie ein Mitschnitt der Veranstaltung ist auf der Internetseite des Landtags unter www.landtag.nrw.de/mediathek abrufbar.

Sitzung

AUS DEN FRAKTIONEN

Foto: Schälte

14,4 Milliarden Euro stärken NRW in der Krise

Die schwarz-grüne Zukunftscoalition stemmt sich mit aller Kraft gegen die Energiepreiskrise und mildert die Folgen für Menschen und Wirtschaft ab. Dazu mobilisieren wir insgesamt 14,4 Milliarden Euro.

In Milliardenhöhe beteiligt sich Nordrhein-Westfalen in den kommenden Jahren an den Entlastungspaketen des Bundes. Und das Land springt ein, wo die Hilfe aus Berlin Lücken lässt. So haben wir im November beschlossen, einen Schutzschirm für Stadtwerke über fünf Milliarden Euro zu spannen und Uni-Kliniken mit Bürgschaften in Höhe von 2,5 Milliarden Euro abzusichern. Zudem schnürt Nordrhein-Westfalen ein eigenes 3,5 Milliarden Euro starkes Paket zur Krisenbewältigung mit drei tragenden Säulen. Erstens die Krisenhilfe: Wir helfen denen, die trotz Gas- und Strompreisbremse

weitere Hilfen brauchen – das gilt zuvorderst für Kitas, Sportvereine, Musikschulen und ähnliche soziale Einrichtungen. Für uns ist klar: Kinder und Jugendliche, die in der Pandemie so viel Verzicht geübt haben, sollen jetzt nicht die Leidtragenden der Energiepreiskrise sein. Zweitens die Krisenresilienz: Wir müssen unsere



Thorsten Schick (CDU)

Handlungsfähigkeit auch in besonders herausfordernden Situationen absichern. Das braucht Investitionen ebenso wie die dritte Säule der Krisenvorsorge: Wir müssen energiepolitisch unabhängiger werden, damit Krisen wie diese gar nicht mehr entstehen. „Das Land nutzt alle Möglichkeiten, die für die Unterstützung der Menschen und Unternehmen zur Verfügung stehen“, macht unser Fraktionsvorsitzender Thorsten Schick deutlich. „Dazu gehen wir finanziell an die absolute Schmerzgrenze. Aber es ist richtig und ein wichtiges Signal: Nordrhein-Westfalen hilft den Menschen in der Krise.“



Bilder aus der Ukraine, die erschrecken – und die dennoch gesehen werden müssen



Iryna Shum, Generalkonsulin der Ukraine in Düsseldorf, und Fraktionsvorsitzender Thomas Kutschaty am Rande der Ausstellungseröffnung.

Vor bald einem Jahr hat Russland seinen Angriffskrieg auf die Ukraine gestartet. Zerstörte Gebäude, zerstörte Landschaften und zerstörte Infrastruktur – das ist die Realität für Millionen Menschen. Mehr noch, denn Krieg bedeutet auch zerstörte Seelen und zerstörte Körper. Der Verein „Meckenheim hilft“ und der staatliche ukrainische Zivilschutz DSNS haben die Situation, die

Trauer und den Tod vor Ort in Bildern festgehalten.

Diese Bilder zeigen wir zurzeit in unserem Foyer. Doch es ist keine Ausstellung wie viele andere. Es ist keine Kunstausstellung, denn die Bilder sind keine Kunstwerke. Sie erschrecken und belasten die Betrachtenden. Dennoch zeigen wir diese Dokumente, denn sie verdeutlichen die Wirklichkeit für die Menschen in der Ukraine. Sie sind Beweise für die furchtbaren Verbrechen, die bereits seit Monaten in der Ukraine verübt werden.

Die Bilddokumente sind im Foyer der SPD-Fraktion noch bis Montag, 5. Dezember 2022, zu besichtigen.



Ob Grundschul- oder Gymnasiallehrkraft – A 13 kommt!

Die Kinder von heute sind die Gestalterinnen und Gestalter der Welt von morgen. Tagtäglich sind in Nordrhein-Westfalen tausende Lehrerinnen und Lehrer im Einsatz, um den Wissensdurst unserer Kinder zu löschen, ihre Neugierde zu wecken und das soziale Miteinander zu fördern. Ob Grundschul- oder Gymnasiallehrkraft, sie tragen große Verantwortung für die Entwicklung und Bildung unserer Kinder. Als schwarz-grüne Koalition würdigen wir diese Arbeit, indem wir die Bezahlung der Lehrerinnen und Lehrer verbessern.

Schritt für Schritt heben wir für Grundschullehrkräfte ebenso wie Lehrkräfte der Sekundarstufe I die Bezahlung auf A 13 an. Im Landtag haben wir nun den Nachtragshaushalt verabschiedet und damit die Gelder freigegeben. Los geht's noch in diesem Jahr:



Die stufenweise Anpassung der Bezahlung beginnt rückwirkend zum 1. November 2022. In vier weiteren Schritten werden Grundschullehrerinnen und -lehrer sowie Lehrkräfte der Sekundarstufe I bis 2026 in die Besoldungsgruppe A13 überführt. Zudem werden die angestellten Lehrkräfte in der Grundschule mit denen am Gymnasium gleichgestellt.



Erster Bürgerdialog nach Corona-Pause

Zum ersten Mal nach einer Corona-bedingten Pause hat die FDP-Landtagsfraktion wieder zu ihrem traditionellen „Bürgerdialog“ in den Landtag eingeladen. Zahlreiche interessierte Bürgerinnen und Bürger sind mit den Abgeordneten der Freien Demokraten ins Gespräch gekommen und haben hinter die Kulissen des Parlamentsbetriebs geschaut.

„Es ist für uns als Abgeordnete wichtig, mit den Menschen ins Gespräch zu kommen und das nicht nur per E-Mail oder am Telefon. Wir wollen persönlich mit den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes über

die Themen sprechen, die ihnen wichtig sind, und die Probleme und Herausforderungen aufnehmen, die sie tagtäglich umtreiben. Diese Begegnungen sind wichtige Impulse für unsere tägliche politische Arbeit hier im Landtag“, erläuterte Marcel Hafke, Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion, der die Gäste auch im Plenarsaal offiziell begrüßte und die Abgeordneten vorstellte. Nach einer kurzen Präsentation der parlamentarischen Arbeit der Freien Demokraten wurde in Gruppen zu den verschiedenen Themenbereichen der Landespolitik diskutiert.



Marcel Hafke (FDP)

Da es für viele Bürgerinnen und Bürger der erste Besuch im Landtag war, wurde das Programm durch Führungen durch das Haus abgerundet, bei denen neben dem Plenarsaal auch ein Blick in verschiedene Fraktionsäle und den Raum der Landespressekonferenz geworfen werden konnte. Wer sich der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Angela Freimuth und dem kulturpolitischen Sprecher Dr. Werner Pfeil anschloss, bekam bei einem Rundgang fachliche Informationen zu den ausgestellten Kunstwerken im Landtag geboten.



Wer stiehlt uns dieses Jahr das Weihnachtsfest?



Dr. Martin Vincentz (AfD)

„Der Grinch“ ist ein bekannter Kinderfilm. Er handelt von einem grünen Ungetüm, das einsam in einer Höhle lebt und aufgrund schlechter Erfahrungen in der Kindheit das Weihnachtsfest hasst. Sein Hass geht so weit, dass er als Weihnachtsmann verkleidet in die Häuser des angrenzenden Ortes „Whoville“ einbricht und den Bewohnern die Geschenke stiehlt.

Weihnachten allein in einer dunklen unbeheizten Höhle verbringen und anderen das Fest vergällen: Was im Film „Der Grinch“ reichte, um der ausgewiesene Bösewicht zu sein, könnte in der Realität des Jahres 2022 fast als Zivilcourage gelten. Nachdem die Regierung 2020 und 2021 bereits Vorgaben machte, wie viele Ihrer Verwandten Sie zum Fest der Liebe einladen dürfen, soll dieses Jahr der Baum dunkel, das Wohnzimmer kalt und der Plattenspieler

stumm bleiben. Geschenke muss kein Fabelwesen mehr stehlen, dank der konsequenten Verarmungspolitik unserer Regierung sind sie ohnehin rar geworden.

Wer braucht also noch den Grinch, wenn er so eine Regierung hat wie wir? Im Film lassen sich die Bewohner von „Whoville“ nicht beirren und feiern das Weihnachtsfest trotzdem, was dem Grinch letztlich die Magie des Festes bewusst macht. So sollten es die Bürger Nordrhein-Westfalens auch halten.



„Es kommt auf die Mitte an“

8. November 2022 – Steht Deutschland angesichts der Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine ein „Winter der Extreme(n)“ bevor? Um diese hochaktuelle Frage ging es im Parlamentsgespräch, zu dem der Präsident des Landtags, André Kuper, am Vorabend des Gedenkens an die Gräueltaten der Reichspogromnacht vor 84 Jahren eingeladen hatte.



Der Präsident des Landtags, André Kuper (2. v. r.), begrüßte zum Parlamentsgespräch (v. l.): den Journalisten Dr. Tobias Blasius, die frühere stellvertretende Ministerpräsidentin Sylvia Löhrmann und den Präsidenten des Amtes für Verfassungsschutz Thüringen, Stephan Joachim Kramer. Fotos: Zanin

Energiekrise, Inflation, eine drohende Rezession – Deutschland spürt die Folgen des Kriegs. Dies alles bereite den Menschen Sorge und berge „sozialen Sprengstoff“, mahnte der Präsident in seinem Grußwort zum Auftakt der Podiumsdiskussion. Als Gäste konnte er den Präsidenten des Amtes für Verfassungsschutz Thüringen und früheren Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, Stephan Joachim Kramer, die frühere stellvertretende Ministerpräsidentin und Generalsekretärin des Vereins „321 – 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“, Sylvia Löhrmann, sowie den Journalisten und Vorsitzenden der Landespressekonferenz, Dr. Tobias Blasius, begrüßen.

Das Parlamentsgespräch sei bewusst auf den Vorabend des 9. November gelegt worden, erläuterte der Präsident. Denn dieser Tag erinnere daran, wohin „das Schüren von Antisemitismus und Hass, wohin das Befeuern von Vorurteilen und wohin populistisches Anstacheln führen können“. Kuper forderte angesichts der

derzeitigen Lage „ein aktives und breites Eintreten der Bevölkerung für unsere Demokratie. Wir brauchen eine erhöhte Wachsamkeit und viele starke Stimmen der Vernunft aus der Zivilgesellschaft“.

„Respekt und Mitgefühl“

Stephan Joachim Kramer kritisierte in seinem Impulsvortrag, dass das Erinnern an die Reichspogromnacht regelmäßig infrage gestellt werde. Er sprach auch von gezielten Provokationen und Grenzüberschreitungen. Es werde versucht, Grenzen in der Gesellschaft zu verschieben und „Dinge sagbar zu machen“.

Das Gedenken an die Opfer des NS-Regimes sei und bleibe „ein existenzieller Bestandteil unseres demokratischen Selbstverständnisses in unserer freien Gesellschaft“. Erinnerungsarbeit sei keine Belastung, sondern eine Herausforderung, die von Generation zu Generation weitergegeben werden müsse und die „ein innerer

Kompass zur Verteidigung der Menschenwürde und unserer Freiheit ist“.

Kramer warnte davor, dass im Winter Extremisten legitime Proteste unterwandern und die Menschen „kapern“ könnten in ihrer Wut, Ohnmacht und in ihren verletzten Gefühlen. Dieser Sorge schloss sich auch Sylvia Löhrmann an. Sie berichtete einerseits von positiven Erfahrungen während der deutschlandweit 2.400 Veranstaltungen im Jubiläumsjahr „1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“. Aber die „große Stimmungslage“ sei besorgniserregend. Sie betonte: „Es kommt auf die Mitte an.“ Man müsse darauf schauen, was in der Mitte der Gesellschaft an Verschiebung statfinde. Und dies seien Menschen, die noch erreicht werden könnten. Hier seien Schulen, Volkshochschulen, die politische Bildung insgesamt gefordert.

Der Journalist Dr. Tobias Blasius berichtete, dass Extremismus gesellschaftsfähiger geworden sei. Mobilisierung finde viel stärker in sozialen Netzwerken statt. Und je nach Krise könne Extremismus leichter andocken in der Mitte der Gesellschaft. Das habe man in der Coronakrise gemerkt und das wiederhole sich nun in der Energiekrise. Hinzu komme, dass in problematischen Stadtteilen der soziale Kitt verlorenzugehen scheine. Vereinskultur, Kirche, Gewerkschaften oder beispielsweise die gemeinsame Nutzung von Massenmedien – alles „zerbrösele“.

Kramer sagte, um Rassismus wirksam bekämpfen und die Demokratie retten zu können, müsse den Bürgerinnen und Bürgern überzeugend vermittelt werden, dass bei aller Unterschiedlichkeit alle Menschen die gleichen Rechte hätten, „gleich fühlen, denken und leiden“. Es gehe darum, sich gegenseitig mit Respekt zu begegnen, wieder zu lernen, Mitgefühl füreinander zu empfinden und neugierig aufeinander zu sein. „Wissen allein immunisiert nicht gegen Menschenfeindlichkeit. Wir brauchen zusätzlich Empathiefähigkeit“, so der Verfassungsschutz-Präsident. Anerkennung, Liebe und Wertschätzung seien der „Kitt für unsere freie und offene Gesellschaft“. *red*

Einen Mitschnitt des Parlamentsgesprächs sowie ein Video finden Sie im Internetauftritt des Landtags:

www.landtag.nrw.de/mediathek/videportal

Zahlreiche Gäste waren zur Podiumsdiskussion in den Landtag gekommen.





Der Präsident des Landtags, André Kuper, mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des 12. Jugendlandtags. Foto: Schälte

FORUM

„Demokratie macht Freude“

27. – 29. Oktober 2022 – Die Auswirkungen der derzeitigen Energiekrise auf den Klimaschutz, der Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs und des Fahrradnetzes sowie Wählen ab dem 16. Lebensjahr: Hochaktuelle Themen standen auf der Tagesordnung des diesjährigen Jugendlandtags. Die 192 jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten mit Leidenschaft und großem Engagement.

Der Jugendlandtag findet seit 2008 regelmäßig statt. An drei Tagen nehmen Jugendliche und junge Erwachsene im Alter zwischen 16 und 20 Jahren die Plätze der echten Abgeordneten ein und lernen die Arbeit des Landesparlaments und damit die parlamentarische Demokratie hautnah kennen. Sie organisieren sich in Fraktionen, wählen Vorstände, schreiben und beraten Anträge und hören dazu Sachverständige an.

Debatte über Lützerath

Höhepunkt auch des mittlerweile 12. Jugendlandtags war die dreistündige Plenarsitzung. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten die Anträge zum Nahverkehr und zum Wahlalter und stimmten darüber ab. Beide

Anträge wurden mehrheitlich angenommen. In der Aktuellen Stunde ging es vor dem Hintergrund der Debatte um den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung um das Thema „Lützerath – Energiekrise, Klimakrise, Räumung – was passiert diesen Winter?“.

Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, sagte: „Demokratie ist anstrengend, macht aber Freude – diese Mischung macht den Jugendlandtag aus. Junge Menschen erleben, wie spannend es ist, sich eine Meinung zu bilden, dafür zu werben und dann gemeinsam etwas zu bewegen. Der Landtag nimmt die Jugendlichen ernst: Mit den Beschlüssen des Jugendlandtags wird sich anschließend der Hauptausschuss des Landtags befassen. Drei Tage im Parlament sind eine intensive Erfahrung und macht die jungen Men-



Der Präsident des Landtags, André Kuper, mit der Jugendlandtagspräsidentin Alea Mettenborg. Foto: Schälte

schen zu Botschafterinnen und Botschaftern für Demokratie.“

Der Präsident hatte für drei Tage seinen Platz mit der 17-jährigen Schülerin Alea Mettenborg aus Rheda-Wiedenbrück im Kreis Gütersloh getauscht. Sie leitete auch die Plenarsitzung – unterstützt von ihren Stellvertretungen.

Am Abend vor der Plenarsitzung tauschen sich die Jugendlichen traditionell in entspannter Atmosphäre mit den echten Abgeordneten aus und holen sich letzte Tipps für die große Debatte. Am diesjährigen Parlamentsabend nahmen auch der 1. Vizepräsident des Landtags, Rainer Schmelzter, und die 2. Vizepräsidentin Berivan Aymaz teil.

Der erste Jugendlandtag fand vor 14 Jahren statt. Vorausgegangen war eine Konferenz der Landtagspräsidentinnen- und -präsidenten in Düsseldorf. Diese fasste den Beschluss, die Jugendarbeit der Landesparlamente zu stärken und junge Menschen für die repräsentative Demokratie und die Landespolitik zu begeistern.

Fast 2.500 Jugendliche haben an den bisherigen Jugendlandtagen teilgenommen. *red*



Höhepunkt des Jugendlandtags ist stets die Plenarsitzung. Foto: Hartmann



Der Vizepräsident des Landtags, Rainer Schmelzter, im Gespräch mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Foto: Schälte

Ein Video und einen Mitschnitt der Plenarsitzung finden Sie im Internet unter www.landtag.nrw.de/mediathek.

„Wahre Werkstätten der Demokratie“

26. Oktober 2022 – Volkshochschulen als Orte der Erwachsenenbildung in Nordrhein-Westfalen haben einen historischen Auftrag, sind gesetzlich verankert und offen für alle. Welche Bedeutung ihnen in einer Zeit gleichzeitiger Krisen zukommt, war Thema während einer Veranstaltung anlässlich des Jubiläums „75 Jahre Landesverband der Volkshochschulen NRW“ im Landtag.

Der Vizepräsident des Landtags, Rainer Schmeltzer, konnte zahlreiche Gäste zu der Festveranstaltung begrüßen. Er betonte: „Bildung und Weiterbildung sind und bleiben der Schlüssel für die berufliche wie persönliche Entwicklung und ebenso für gesellschaftliche Teilhabe.“ Auch um die Zukunft zu gestalten, brauche es, gesellschaftlich gesehen, breit gestreutes Wissen und Bildung.

In einem Impulsvortrag erklärte der Bielefelder Konfliktforscher Prof. Dr. Andreas Zick: „Krisen sind Zeiten, in denen sich Stabilität und Normalität aufzulösen scheinen.“ Die Ungewissheit, die damit einhergehe, münde häufig in ein Misstrauen, auch der Demokratie gegenüber. Unsicherheit bringe schnell mit sich, andere Meinungen nicht zulassen zu können. Volkshochschulen böten sogenannte zivile Räume: Orte der Anerkennung, der Beachtung, des Gesehen- und Gehörtwerdens. „Bildung bedeutet: Ich stelle eine Beziehung her“, betonte Zick. In Zeiten multipler Krisen und massiver Verunsicherung brauche es mehr als theoretische Bildungsangebote. Es brauche Räume für Austausch und Vielfalt, es brauche Schutzräume für Missachtete, Räume für gemeinsames Schaffen.

Zivilcourage und die Schulung gegenseitigen Respekts, so Zick, könne man in jedem Kurs lernen. Menschen mit antidemokratischen Tendenzen erreiche man nicht über Kurse wie „So lernen Sie Demokratie“, sondern in jedem anderen, stimmte Dr. Marie Batzel, Direktorin der VHS Neuss, während einer Podiumsdiskussion zu. Da entstehe beispielsweise in einem Sprach- oder Kreativkurs ein Gespräch darüber, wie sich Teilnehmerinnen als Hausfrauen in der Gesellschaft wahrgenommen fühlten.

„Krisenresistente Bildung“

Konfliktforscher Zick sprach von krisenresistenter Bildung und bestätigte die Beschreibung von Volkshochschulen durch ihren NRW-Verbandsvorsitzenden Klaus Hebborn als „wahre Werkstätten der Demokratie“. Vizepräsident Rainer Schmeltzer beschrieb sie zudem als „Resonanzräume für den demokratischen Dialog, als frei zugängliche Foren zum Austausch von Ideen, nicht zuletzt auch als Förderer der Integration und des gesellschaftlichen Zusammenhalts“.

Der Landesverband, so Zick, habe nun die Chance, als Denkfabrik tätig zu werden, um diejenigen zu erreichen, die Volkshochschulen nicht von sich aus aufsuchten. Die Strategien könnten sich aber nicht in der Digitalisierung erschöpfen: Auch die Volkshochschule als Gebäude sei wichtig. „Das ist wie ein Park. Den kann man nicht digitalisieren, da muss man reingehen.“

Gesetzliche Grundlage der Volkshochschulen in Nordrhein-Westfalen ist das NRW-Weiterbildungsgesetz. Dort heißt es in Paragraph 1:

„Jede und jeder hat das Recht, die zur freien Entfaltung der Persönlichkeit und zur freien Wahl des Berufs erforderlichen Kenntnisse und Qualifikationen zu erwerben und zu vertiefen.“ In Nordrhein-Westfalen verpflichtet dieses Gesetz die Kommunen, Volkshochschulen einzurichten, um niedrigschwellige Angebote des lebenslangen Lernens vorzuhalten. In anderen Bundesländern, etwa in Baden-Württemberg, ist die Einrichtung von Volkshochschulen freiwillig. sow

Der Bielefelder Konfliktforscher Prof. Dr. Andreas Zick während seines Impulsvortrags.



Rainer Schmeltzer, Vizepräsident des Landtags, begrüßte u. a. Wissenschaftsministerin Ina Brandes und Klaus Hebborn, Präsident des Landesverbands der Volkshochschulen NRW (v. l.).
Fotos: Meyer

Zur Geschichte

Während der Weimarer Republik erhielten Volkshochschulen Verfassungsrang. Ihre Arbeit in der Volksbildung fiel jedoch der nationalsozialistischen Diktatur zum Opfer. Nach Kriegsende nutzte die britische Militärregierung sie, um demokratische Bildung zu verankern. Daneben gründeten sich Volkshochschulen mit weiterhin eigenem Programm. In diese mündeten später die von den Briten betriebenen Bildungsinstitutionen zur Re-Education.

Daten und Fakten

Der Landesverband der Volkshochschulen NRW wurde 1947 gegründet und vertritt die Interessen von 131 Volkshochschulen in kommunaler Trägerschaft. Sie bieten Weiterbildungsmöglichkeiten in zahlreichen Fachrichtungen an, etwa rund um Politik und Gesellschaft, Arbeit und Beruf, Sprachen, Kultur und Gestaltung, aber auch Grundbildung, Schulabschlüsse und Studienreisen.

Volkshochschulen müssen als gemeinnützige Anbieter keine Gewinne erzielen, erhalten öffentliche Zuschüsse und können somit vergleichsweise kostengünstig Bildungsangebote machen.

Vor der Pandemie haben in NRW in rund 2,9 Mio. Unterrichtsstunden 1,4 Mio. Menschen für sich, für den Job oder fürs Leben gelernt. Sie konnten aus rund 85.000 Angeboten auswählen. Obwohl im Coronajahr 2020 nur noch knapp halb so viele Menschen teilnahmen, hielten die Volkshochschulen rund 61.000 Kurse oder Lehrgänge vor.

Die Stunde der Fragen

November 2022 – Eine wichtige Aufgabe des Parlaments besteht darin, die Regierung zu kontrollieren. Dazu ist es mit verschiedenen Rechten ausgestattet. Eines dieser Kontrollinstrumente ist das Recht, die Regierung im versammelten Plenum zu befragen. Die Geschäftsordnung des Landtags räumt den Fragen der Abgeordneten einen festen Platz im Plenargeschehen ein.

Wer an Parlamentarismus denkt, stößt schnell auf den Wortursprung „parlement“, das altfranzösische Wort für „Unterhaltung“ oder „Erörterung“, oder auch einfach auf „parler“, französisch für „sprechen“. Aber manchmal ergeben sich im Nachgang zu Wort und Widerwort weitere Fragen. Auch finden nicht alle Angelegenheiten Eingang ins Parlament. Dann gilt es, gezielt danach zu fragen. Fragen fordern heraus, sie fordern Antworten auf Unklarheiten, Auskünfte zu noch fehlenden Details, mitunter Puzzlesteine, die das Gesamtbild erklären können.

In Nordrhein-Westfalen – wie auch in vielen anderen Bundesländern und im Bund – haben Fragen sogar einen festen Platz in der Geschäftsordnung des Landtags. Genauer gesagt: eine Fragestunde, die in der Regel jeweils in der ersten Plenarsitzung im Monat stattfindet. Natürlich werden auch sonst Fragen gestellt, etwa Zwischenfragen während einer Rede. Die Fragestunde aber reserviert bewusst Zeit, damit das Parlament die Regierung zu speziellen Themen oder Vorgängen befragen kann, und zwar unabhängig von Themen, die gerade im Plenum debattiert werden.

In dieser Fragestunde sind alle Abgeordneten berechtigt, je eine oder höchstens zwei kurze Fragen an die Landesregierung zu richten, die

diese umgehend und grundsätzlich mündlich beantworten muss. Einige Tage zuvor müssen die Fragen dem Landtagspräsidium vorgelegt werden. Möglich ist dabei auch, abweichend einer schriftlichen Beantwortung zuzustimmen. Die Tagesordnung der jeweiligen Plenarsitzung verweist auf die zuvor eingereichten Fragen der Abgeordneten und sortiert sie nach Ressorts. Üblicherweise machen nicht ständig alle Abgeordneten von ihrem Fragerecht Gebrauch, sondern dann, wenn sich aus ihrer Sicht bestimmte Fragen ergeben.

Dringliche Fragen

Im Zuge der Beantwortung dürfen die Fragestellerin oder der Fragesteller bis zu drei Zusatzfragen stellen. Alle weiteren Abgeordneten dürfen nochmals jeweils zwei Zusatzfragen ergänzen.

Die Sitzungsleitung achtet darauf, dass die Zusatzfragen zur Hauptfrage passen und jeweils nur eine Einzelfrage darstellen. Nachfragen, die eine ordnungsgemäße Durchführung der Fragestunde gefährden, können abgelehnt werden.

Zusätzlich definiert die Geschäftsordnung sogenannte dringliche Fragen: Diese müssen sich kurzfristig ergeben haben und offensicht-

lich von dringendem öffentlichen Interesse sein. Sie werden zu Beginn der Fragestunde aufgerufen und müssen erst am Vortag schriftlich eingereicht werden.

Fragen, die in der Fragestunde nicht mehr beantwortet werden können, werden auf die Tagesordnung der folgenden Fragestunde gesetzt. Wenn das für eine Frage inhaltlich zuständige Mitglied der Landesregierung nicht anwesend ist, kann ein anderes Regierungsmitglied die Beantwortung übernehmen. Die Fragestellerin oder der Fragesteller können aber ebenso bestimmen, dass die Frage stattdessen vertagt oder schriftlich beantwortet wird. Eine schriftliche Antwort findet ebenso Niederschlag im Plenarprotokoll wie die mündliche.

Wer die Frage gestellt hat, muss in der Fragestunde auch anwesend sein oder eine Vertretung benannt haben – ansonsten wird sie schriftlich beantwortet. Wenn dies der Fall ist, sind keine Zusatzfragen möglich.

Eine mündliche Frage an die Landesregierung innerhalb der parlamentarischen Fragestunde kann also eine wenig beachtete Detailangelegenheit sein, aber ebenso ein messerscharfes, öffentlichkeitswirksames Kontrollinstrument. Nur eines kann sie nicht: ignoriert werden.

SOW



Foto: Schälte



Foto: Schälte

Stromnetz

19.10.2022 – Der Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie hat sich mit der Sicherheit des Stromnetzes im Winter 2022/23 befasst. Grundlage war eine Studie des Übertragungsnetzbetreibers Amprion, an der das Unternehmen im Auftrag des Bundes mitgewirkt hat. Mit der Studie wurde überprüft, ob die Stromnachfrage in Deutschland im kommenden Winter zu jeder Stunde gedeckt und die Netzsicherheit dabei gewährleistet ist. Drei Szenarien seien untersucht worden, sagte ein Amprion-Sprecher. Die Versorgungssituation werde im Winter in allen drei Szenarien angespannt sein, teilweise würden Lastunterdeckungen während einiger Stunden auftreten. Es werde dringend empfohlen, die Stromerzeugungs- und Transportkapazitäten zu erhöhen. Dazu sollten u.a. Leitungen höher ausgelastet und Kohlekraftwerke aus der Reserve wieder in Betrieb genommen werden. Die Verfügbarkeit von Atomkraftwerken ist laut Studie ein „weiterer Baustein zur Beherrschung kritischer Situationen“. Der Weiterbetrieb der drei in Deutschland noch im Einsatz befindlichen Atomkraftwerke könne bis zum Ende des Winters einen Beitrag zur Netzsicherheit leisten. Die Abgeordneten stellten im Anschluss an den Bericht zahlreiche Fragen, etwa zum europäischen Strommarkt, Netzbetrieb und -ausbau sowie zu Effekten durch den Ausbau von Kohle- und Atomkraftwerken.

Bergbausicherheit

4.11.2022 – Auch in der 18. Wahlperiode wird sich ein Unterausschuss dem Thema „Bergbausicherheit“ widmen. Die konstituierende Sitzung des Gremiums fand am 4. November 2022 statt. Der Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie hatte die Einsetzung am 19. Oktober 2022 beschlossen. Das Plenum hatte bereits am 30. Juni 2022 zugestimmt. Der Unterausschuss hat 11 Mitglieder. Er soll sich u.a. für die „Verbesserung der Arbeitssicherheit und des Gesundheitsschutzes der im Bergbau des Landes Beschäftigten sowie für den Schutz der Bevölke-

rung in den vom Bergbau betroffenen Gebieten“ einsetzen. Zudem befasse er sich „mit sämtlichen Folgen aus aktivem wie stillgelegtem Bergbau wie beispielsweise Bergschäden, Ewigkeitslasten, Grundwasserwiederanstieg einschließlich möglicher Auswirkungen für die Bevölkerung und die Kommunen“, hieß es in einer Tischvorlage.

Opferschutz

26.10.2022 – Wer Gewalt erfährt oder Opfer einer Straftat wird, kann sich in Nordrhein-Westfalen an die Beauftragte für den Opferschutz wenden. Im Rechtsausschuss hat Elisabeth Aucher-Mainz über ihre Arbeit berichtet und Wünsche geäußert. Sie und ihr interdisziplinäres Team, erklärte die Opferschutzbeauftragte, hätten dreierlei Aufgaben: Erstens fungierten sie als Ansprechstelle, als Lotsenstelle, um Menschen, die aktuell oder auch in der Vergangenheit Gewalt erfahren hätten, helfen zu können. Zweitens werde ihr Team in sogenannten größeren Schadenslagen wie etwa nach einem Amoklauf proaktiv tätig und spreche selbst die Opfer an. Seitdem ihre Stelle als Landesbeauftragte für den Opferschutz gesetzlich verankert sei, sei es erheblich leichter geworden, an die entsprechenden Kontaktdaten der Betroffenen zu gelangen. Die dritte Aufgabe der Opferschutzbeauftragten bestehe in der Netzwerkarbeit: Nur, wenn sie wisse, welche Stellen auf welche Weise helfen könnten, könne sie Gewaltopfer zielführend vermitteln, sagte Aucher-Mainz. Der Ausschuss bedankte sich fraktionsübergreifend für die engagierte Arbeit und signalisierte Unterstützung bezüglich möglicher Verbesserungen, die die Opferschutzbeauftragte ansprach, beispielsweise für ein zweites Childhood-Haus, in dem von Gewalt betroffene Kinder in altersgerechter Umgebung interdisziplinär untersucht und befragt werden könnten. Unbedingt weiter zu fördern seien außerdem audio-visuelle Vernehmungen durch Richterinnen und Richter, was gerade für Kinder eine große Entlastung darstelle gegenüber der Vernehmung im Gerichtssaal. Weiterhin regte sie eine bessere Vernetzung

mit Staatsanwaltschaften sowie eine Sensibilisierung für Menschen mit Behinderung an.

49-Euro-Ticket

9.11.2022 – Vertreter des Städtetags sowie der Verkehrsverbünde VRR (Rhein-Ruhr), NVR (Rheinland), NWL (Westfalen-Lippe) und der Deutschen Bahn haben sich im Verkehrsausschuss zur geplanten Einführung eines 49-Euro-Tickets für den Nahverkehr geäußert. Es soll zum 1. Januar 2023 auf das 9-Euro-Ticket folgen und ebenfalls deutschlandweit gültig sein. Bund und Länder stellen insgesamt 3 Milliarden Euro dafür zur Verfügung. Die Verkehrsverbünde sahen Vorteile, jedoch auch finanzielle Risiken für die Kommunen. Erforderlich sei eine sogenannte Nachschusspflicht durch das Land. Auf diese Weise würden die Kommunen verschont, falls das Finanzierungskonzept nicht aufgehe. Verkehrsminister [Oliver Krischer](#) (Grüne) hatte die geplante Einführung des Tickets zuvor als „großen Schritt zur Attraktivierung des Öffentlichen Nahverkehrs“ bezeichnet.

Anhörungen zum Haushalt

15./17.11.2022 – Sachverständige von fast 50 Verbänden und anderen Organisationen haben sich in einer Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses zum Haushaltsentwurf 2023 der Landesregierung geäußert ([18/1200](#), [18/1500](#), [Vorlage 18/342](#)). Der Entwurf für den Haushalt 2023 hatte zunächst ein Volumen von 93,4 Milliarden Euro. In einer Ergänzungsvorlage wurde es um 11,3 Milliarden auf 104,7 Milliarden Euro erhöht. Hintergrund des Anstiegs seien u.a. die Finanzierungsbeiträge im Zusammenhang mit den Maßnahmen des Bundes zur Krisenbewältigung. Schwerpunkte des Etats sind nach Angaben der Landesregierung Bildung, Klimaschutz, Innere Sicherheit, die Bewältigung der Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine sowie Digitalisierung, Verkehr und Infrastruktur. Bereits am 15. November 2022 hatten Sachverständige im Unterausschuss Personal zum Personaletat 2023 Stellung genommen.

Porträt: Vizepräsidentin Berivan Aymaz (Grüne)



„Ich will für unsere parlamentarische Demokratie, für diesen Landtag werben“, sagt Berivan Aymaz. Von 2017 bis 2022 war die Kölnerin die Integrationspolitikerin der Grünen-Fraktion, seit dem 1. Juni amtiert die 50-Jährige als 2. Vizepräsidentin des Landesparlaments. Und „genossen“ habe sie „jeden einzelnen Tag“, sagt Aymaz: „Es ist ein riesengroßes Privileg, als Abgeordnete Politik machen zu dürfen.“

Denn Freiheit, Demokratie und Menschenrechte sind für Aymaz keine Selbstverständlichkeit. Schließlich ist die Vizepräsidentin selbst Kind politisch Verfolgter. 1972 in der Provinz Bingöl in der Türkei geboren, kam sie mit sechs Jahren als Diplomantochter nach Deutschland. Doch kurz vor dem Putsch des türkischen Militärs 1980 verlor ihr Vater wegen seiner kurdischen Herkunft nicht nur seine Stellung als Kulturattaché an der Botschaft in Bonn – versperrt war auch der Weg zurück: Onkel und Tanten seien in der Türkei gefoltert worden, berichtet Aymaz.

Das Regime zog die Pässe der Familie ein. In Deutschland brachte der Kulturattaché seine Familie zunächst als Gemüsehändler durch, konnte später wieder in seinem ursprünglichen Beruf als Lehrer arbeiten. Seine Tochter machte in Köln Abitur, studierte Jura und Politikwissenschaften, arbeitete als Moderatorin und Übersetzerin – und engagierte sich politisch: 1993 war Berivan Aymaz Mitgründerin des Dachverbands der deutsch-kurdischen Vereine, der Kurdischen Gemeinde Deutschlands. Außerdem arbeitete sie in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrant*innenverbände. Seit 2009 Parteimitglied, gründete sie 2012 die Säkularen Grünen mit. Denn einer Religionsgemeinschaft gehöre sie nicht an, betont Aymaz.

2014 gelang der Sprung in den Kölner Stadtrat, 2017 in den Landtag. Fünf Jahre später gewann sie den Wahlkreis Köln VI im Herzen der Domstadt mit 37 Prozent zum ersten Mal direkt. „Das zeigt ein großes Vertrauen in meine Arbeit und macht deutlich, dass meine

Wie kamen sie in die Politik? Wo liegen ihre politischen Schwerpunkte? Landtag Intern stellt in jeder Ausgabe Abgeordnete vor. Diesmal im Porträt: Berivan Aymaz, 2. Vizepräsidentin des Landtags. In das Parlamentspräsidium gewählt wurde die 50-jährige Grünen-Politikerin Anfang Juni – mit 170 von 193 abgegebenen Stimmen. Ihren Kölner Wahlkreis hat Aymaz im Mai direkt gewonnen.

Themen wie Menschenrechte oder Migration in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind“, freut sich die Rheinländerin. In das Landtagspräsidium gewählt wurde Aymaz, die ihre Heimat Köln als „nicht-anonyme Großstadt“ liebt, mit 170 von 193 abgegebenen Stimmen – gegen einen Kandidaten der AfD, für den sich 13 Abgeordnete entschieden.

„Ein starkes Zeichen fraktionsübergreifender Anerkennung“ sei ihre Wahl zur Vizepräsidentin am 1. Juni gewesen, sagt Aymaz. Die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen hatten sich schon 2021 gemeinsam solidarisch hinter Aymaz gestellt und eine „Verleumdungs- und Diffamierungskampagne“ verurteilt, die türkische Zeitungen gegen die Kölnerin führen. Weil Aymaz es gewagt hatte, die Berufung des staatsnahen türkischen Moscheeverbands Ditib in die Kommission für den islamischen Religionsunterricht in Nordrhein-Westfalen zu kritisieren, wurde die Integrationspolitikerin als „Anti-Türkin“ und „PKK-Sympathisantin“ bezeichnet: „Wir kennen Dich, Berivan“, titelte etwa das dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan nahestehende auflagenstarke Blatt „Sabah“ – für die vier Landtagsfraktionen ein klarer „Akt der öffentlichen Bedrohung“.

In der neuen Wahlperiode arbeitet die Grüne fachpolitisch als Sprecherin für „Europa, Internationales und Eine Welt“ – und bleibt so den Themen Migration, Integration und Flucht verbunden. Eine gemeinsame Solidaritätsresolution von CDU, SPD, Grünen und FDP, die Aymaz die „vier demokratischen Fraktionen“ nennt, gegen die gewaltsame Unterdrückung der Proteste im Iran hat sie mit angeschoben. Gefordert wird darin ein bundesweiter Abschiebestopp in den Iran, wie er in NRW bereits gilt. Auch den gemeinsamen Antrag der vier Fraktionen, der den „grausamen Überfall“ Russlands auf die Ukraine mit deutlichsten Worten verurteilt und der sich für eine Partnerschaft mit einer Region in der Ukraine starkmacht, hat die Kölnerin mit initiiert.

„Ermutigen“ will Aymaz durch ihr Engagement gerade die 30 Prozent der Menschen in Nordrhein-Westfalen, die einen Zuwanderungshintergrund haben. Aus deren Community war nach der Regierungsbildung von CDU und Grünen deutlich kritisiert worden, dass keine einzige Migrantin, kein einziger Migrant zur Ministerin, zum Minister berufen wurde.

„Gut verstehen“ könne sie diese Kritik, sagt Aymaz dazu – und hofft, dass auch ihre Wahl ins Landtagspräsidium als Signal verstanden wird: „Ich bin die erste Vizepräsidentin, die nicht in Deutschland geboren wurde“, sagt sie. „Es ist mir wichtig, dass der Landtag ein Ort ist, an dem Vielfalt in jeder Hinsicht mitgedacht und gelebt wird.“

Andreas Wyputta

Zur Person

Berivan Aymaz hat Rechtswissenschaften an der Universität Köln sowie Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen ohne Abschluss studiert. Sie ist seit 2009 Mitglied der Grünen und war von 2014 bis 2017 Mitglied des Rates der Stadt Köln. Seit Juni 2017 ist Berivan Aymaz Landtagsabgeordnete, seit Juni 2022 Vizepräsidentin des Landtags.

Nachgefragt

Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?

Ich lese leidenschaftlich gerne. Besonders spannende Bücher aus verschiedenen Genres. Es gibt viele Bücher, die mich faszinieren und die ich auch immer wieder zur Hand nehme. Dazu gehören „Orlando“ von Virginia Woolf oder „Hundert Jahre Einsamkeit“ von Gabriel García Márquez.

Welche Musik hören Sie gerne?

Das kommt ganz auf den Anlass und die Situation an. Mir gefallen viele Musikrichtungen – von Jazz über Pop bis hin zu Folk ist alles dabei. Gerne höre ich Weltmusik und bin natürlich auch besonders der kurdischen Musik verbunden.

Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig?

Das ist tatsächlich immer noch Joghurt. Eine erfrischende Ergänzung zu ganz vielen Speisen, die nie fehlen darf.

Ihr liebstes Reiseziel?

Das Schönste am Reisen ist die Begegnung mit Menschen aus verschiedenen Ländern, Kulturen und unterschiedlichsten Lebenszusammenhängen. Ich mag spannende Städte genauso wie das Naturerleben in beeindruckenden Landschaften.

Kurz notiert

Ausstellung

Der Präsident des Landtags, André Kuper, hat am 7. November 2022 eine neue Wanderausstellung für Grundschulen eröffnet. Die Ausstellung richtet sich an die dritten und vierten Klassen. Schülerinnen und Schüler erfahren u. a., wie der Landtag arbeitet und welche Bedeutung die parlamentarische Demokratie hat. Im „Forum der Demokratie“ mit einer Abbildung des Plenarsaals steht ein Redepult, an dem die Schülerinnen und Schüler in die Rolle der Abgeordneten schlüpfen können. Weitere Informationen: www.jugend.landtag.nrw.de

Schützenbrauchtum

Schützinnen und Schützen aus ganz Nordrhein-Westfalen waren am 25. Oktober 2022 zu Gast im Landtag. Der Präsident des Landtags, André Kuper, konnte mehr als 850 Vertreterinnen und Vertreter des Brauchtums begrüßen. Höhepunkt war ein Großer Zapfenstreich auf dem Vorplatz. Der Präsident sagte: „Das Schützenwesen ist ein Lebensgefühl. Es hält unsere Gesellschaft zusammen. Es steht für Freude und Freundschaft, Rücksichtnahme und soziale Verantwortung – gerade jetzt, in Zeiten vieler gesellschaftlicher Bruchstellen.“ Ein Video des Empfangs finden Sie im Internet unter www.landtag.nrw.de/mediathek/videoportal.

Volkstrauertag

Am 12. November 2022 hat die zentrale Gedenkstätte des Landes zum Volkstrauertag in Dülmen stattgefunden. Der 1. Vizepräsident des Landtags, Rainer Schmelzer, Ministerin Josefine Paul, der Vorsitzende des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen im Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Thomas Kutschatj, Brigadegeneral Dieter Meyerhoff, Kommandeur des Landeskommmando Nordrhein-Westfalen der Bundeswehr, und Carsten Hövekamp, Bürgermeister von Dülmen, legten Kränze nieder. Der Volkstrauertag ist den Opfern von Krieg und Gewalt gewidmet.

Gestorben

28.06. **Richard Grünschläger** (SPD/92)

MdL 1966 -1977

16.10. **Dr. Heinz-Jörg Eckhold** (CDU/81)

MdL 1995 – 2005

18.11. **Manfred Palmén** (CDU/77)

MdL 2000 - 2012

Neue Ausgabe

Die nächste Ausgabe von Landtag Intern erscheint am 28. Dezember 2022. Sie ist bereits ab Mittwochnachmittag, 21. Dezember 2022, online abrufbar unter www.landtag.nrw.de



Der Präsident des Landtags, André Kuper, mit Mevlüde Genç im Juni 2018 – 25 Jahre nach dem Anschlag auf das Haus ihrer Familie.

Abschied von Mevlüde Genç

Mit einer Schweigeminute hat der Landtag am 2. November 2022 Mevlüde Genç gedacht. Der Präsident des Landtags, André Kuper, würdigte ihr Wirken für Frieden und Versöhnung. „Nordrhein-Westfalen verliert ein Vorbild für das friedliche und tolerante Miteinander. Ich habe Mevlüde Genç 2018 kennengelernt, 25 Jahre nach dem fremdenfeindlichen Brandanschlag von Solingen. Sie ist Hass und Gewalt mit Vergebung und Liebe entgegengetreten. Die Größe, mit der sie Schmerz und Trauer in Vergebung gewandelt hat, bleibt – auch über ihren Tod hinaus.“ Mevlüde Genç hatte bei dem rechts-extremistischen Brandanschlag auf das Haus der Familie in Solingen am 29. Mai 1993 zwei Töchter, zwei Enkelkinder und eine Nichte verloren. 17 Familienmitglieder wurden zum Teil schwer verletzt. In den Jahren nach dem Anschlag hatte sie immer wieder zur Versöhnung aufgerufen. Sie starb am 30. Oktober 2022 im Alter von 79 Jahren.

Fotos: Schälte